

## DRINGLICHKEITSANTRÄGE

### 1) Eintrittspreise von Grazer Freibädern

GR. **Hohensinner** stellt namens der ÖVP, SPÖ, Grüne, KPÖ, FPÖ und BZÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Wenn ein Kind mit der Ente Herta baden gehen möchte, zahlt es leider sehr viel momentan in den Grazer Freibädern. Im Jahr 2004 brachte ich erstmals eine Initiative zur Senkung der Grazer Freibädertarife in den Grazer Gemeinderat ein. Seither haben einige Parteien, vor allem auch die KPÖ, also viele Parteien haben sich dieses Themas angenommen, ich habe aber unlängst recherchiert und bin draufgekommen, dass leider sich die Preise in den letzten fünf Jahren nach oben gehievt haben, also da war nichts zu erkennen, dass was billiger geworden ist und alle Tarife liegen weit über dem Österreichischschnitt.

Als Beispiel möchte ich einen Preisvergleich der Tageseintritte machen mit der Bundeshauptstadt Wien:

	Graz	Wien
Erwachsene:	5,70 Euro	4,50 Euro
Ermäßigt:	3,60 Euro	3,50 Euro
Jugendliche (15-18 Jahre)	3,60 Euro	2,50 Euro
Kinder (7-14 Jahre)	3,60 Euro	1,50 Euro
Kleinkinder bis 6 Jahre	0,70 Euro	gratis

Übrigens in vielen anderen Landeshauptstädten zahlen die Kinder auch nichts. Wenn Sie jetzt genau zugehört haben, ist Ihnen aufgefallen, dass in Graz ein 7-jähriges Kind bereits als jugendlich gilt, das kann es aus meiner Sicht auf keinen Fall sein. Ein Tarif für Kinder von 7 bis 14 Jahren fehlt ganz einfach. Beim Eintritt für Erwachsene kann uns leider mit großem Abstand keine Landeshauptstadt das Wasser reichen.

Die finanzielle Situation der Grazer Freibäder ist allgemein bekannt. Jedoch ist es nicht nachvollziehbar, warum Kinder und Jugendliche in unserer Landeshauptstadt, im Gegensatz zum Rest Österreichs, so viel mehr für den Badespaß bezahlen muss.

Die zielgruppenorientierten Tarife sollten aus betriebswirtschaftlicher Sicht so gestaltet werden, dass die Nachfrage durch das breite Angebot gesteigert wird. Nur durch eine neue Preisgestaltung werden die Freizeitbetriebe gegen umliegende Seen wettbewerbsfähig.

Da voraussichtlich die Grazer Freibäder am 1. Mai aufsperrten, besteht dringender Handlungsbedarf.

Namens der Gemeinderatsfraktionen von ÖVP, Grünen, SPÖ, KPÖ, FPÖ und BZÖ stelle ich daher folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Grazer Gemeinderat beauftragt den Beteiligungsreferenten, mit der Grazer Stadtwerke AG und deren zuständigen Stellen in Verhandlungen zu treten, um eine sozial- und familienverträgliche Tarifgestaltung bei den Freizeitbetrieben, vorrangig bei den Eintrittspreisen der städtischen Freibäder, zu erwirken (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, nachdem alle hier im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und Wahlparteien hier mit drauf sind, gibt es auch keine Wortmeldung zur Dringlichkeit.

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben unseren eigenen dringlichen Antrag, der ja fast gleich gelautet hat in der Antragstellung natürlich jetzt auf diesen gemeinsamen hin zurückgezogen oder wir uns geeinigt. Ich möchte aber trotzdem also auch von uns noch ein paar Standpunkte hier erläutern, die mir in dem Antrag jetzt, also im Motivenbericht, nicht so sehr zum Ausdruck gekommen sind. Also für unsere Fraktion ist jetzt nicht die Wettbewerbsfähigkeit der Schwimmbäder jetzt zu Seen sehr wichtig oder die wirtschaftliche Situation, also die finanzielle Situation der Freizeitbetriebe, sondern für uns, denke ich, ist schon sehr wichtig, dass die soziale Komponente auch in den Vordergrund dringt und zwar, es gibt sehr

viele Kinder, Jugendliche Familien, aber auch Senioren, die sich im Sommer keinen großartigen Urlaub am Meer oder an österreichischen Seen leisten können und für diese Menschen ist es eben ganz wichtig, dass sie auch einen Erholungsraum im Sommer in der Stadt genießen können und dass sie sich diesen Erholungsraum auch leisten können. Also das ist wirklich für uns ganz, ganz wichtig. Es war leider in den letzten Jahren nicht selbstverständlich, auch wenn hier viele Parteien Anträge eingebracht haben und wir diese auch immer einstimmig beschlossen haben, so war es noch immer nicht möglich, über die Stadtwerke AG das auch durchzusetzen und das ist für mich die Problematik und ich wünsche es mir, dass es uns diesmal gemeinsam gelingt, hier auch wirklich etwas zu bewegen. Die Eintrittspreise, ich habe gestern recherchiert bei den Grazer Freizeitbetrieben noch, also die Eintrittspreise für 2008 konnten mir noch nicht mitgeteilt werden, also ich habe die Auskunft bekommen, die gibt es noch nicht, die liegen noch nicht vor, das heißt also, wir sind einfach auch zeitlich gefordert, so schnell wie möglich jetzt wirklich aktiv zu werden, um für diese Saison auch wirklich gleich mit vernünftigen und sozial gestaffelten Eintrittspreisen die Saison zu beginnen (*Applaus KPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Der freiheitliche Gemeinderatsklub wird diesen gemeinsamen Antrag mittragen. Zwar ist die ÖVP schon lange in Regierungsverantwortung und ihr hättet schon Zeit gehabt, da was umzusetzen, aber Besserung ist immer möglich und da wir kurz vor der Badesaison stehen, ist es höchste Zeit, dass eine rasche Vergünstigung für unsere badebegeisterten Familien nötig ist. Der Preisvergleich hat es gezeigt, die Höhe der Eintritte ist im vorderen Feld in der Landeshauptstadt Graz im Vergleich zu allen anderen Landeshauptstädten. Daher die Schwimmbäder der Grazer Stadtwerke müssen wieder leistbar werden. Wir Freiheitliche sind die soziale Heimatpartei und da sind gleich zwei Punkte gegeben. Der soziale Faktor, alle sozialen Maßnahmen kommt unseren Familien zugute und der zweite Punkt, leistbare Bäder, bewegt mehr Bewohner, wieder in Graz zu bleiben und in unsere Bäder zu gehen und nicht in die Umlandgemeinden zu fahren. Es gibt da noch die Umweltkomponente, die gesundheitsfördernde Komponente, aber ich will das gar nicht alles ausführen, wir sehen diesen Antrag als einen ersten Schritt, als weiteren würden wir uns wünschen, dass Jugendliche bis

zum vollendeten 16. Lebensjahr gänzlich freien Eintritt bekommen, das ist eine Zukunftsmusik, ich weiß, aber das würden wir uns wünschen und die Senioren gehören ebenso berücksichtigt. Danke (*Applaus FPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. **Hohensinner**: Ich wollte nur ganz am Schluss jetzt was klarstellen, der Herr FPÖ-Gemeinderat war in der letzten Periode nicht hier im Saale anwesend. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Verantwortung, was die Beteiligungen betrifft, in den letzten fünf Jahren bei der SPÖ war, das möchte ich sagen und vielleicht, ich nehme an, dass das jetzt einstimmig durchgeht. Ich würde mich freuen, wenn wir mit meinem Quietschentchen vielleicht im Sommer gemeinsam einen Betriebsausflug vom Gemeinderat starten könnten. Würde mich sehr freuen. Danke (*Applaus ÖVP*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

## **2) Olympische Spiele – Boykott der Eröffnungsfeier durch die Österreichische Bundesregierung**

GR. Mag. **Molnar** stellt namens der ÖVP, SPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Molnar**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Obwohl tausende Kilometer Österreich und Tibet trennen, besteht seit Jahrzehnten ein Gefühl der Verbundenheit zwischen diesen zwei Ländern.

Einer der ersten Europäer, der die Hauptstadt Lhasa aufsuchte, war der Wahl-Grazer Prof. Heinrich Harrer.

Durch die enge Freundschaft zwischen Prof. Heinrich Harrer und seiner Heiligkeit, dem Dalai Lama, hatten wir als Landeshauptstadt Graz bereits dreimal die Ehre, diesen bei uns zu begrüßen.

Diese engen Beziehungen führten dazu, dass wir in Graz 2002 das Welt-Buddhismus-Treffen Kalachakra veranstalten konnten.

Gerade durch diese persönlichen Verbindungen lernten wir die kulturelle Vielfalt und spirituelle Kraft des tibetischen Volkes kennen.

Umso mehr sind wir von den Vorfällen in Lhasa und in Tibet betroffen.

Seitens der Menschenrechtsstadt Graz ist es geboten, von der chinesischen Regierung die Achtung der Menschenrechte und die demokratische Freiheit des tibetischen Volkes einzufordern und daher stelle ich namens der Gemeinderatsklubs von ÖVP, GRÜNEN und SPÖ folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge mit einer Petition an die österreichische Bundesregierung herantreten, dass im Falle weiter anhaltender Menschenrechtsverletzungen in Tibet, bei unveränderter Haltung der chinesischen Regierung zu ihren Minderheiten keine VertreterInnen der österreichischen Bundesregierung zur Eröffnung der Olympischen Sommerspiele 2008 nach Peking als Zeichen des Ausdrucks der Ablehnung der chinesischen Vorgangsweise entsandt werden. Weiters ersuchen wir die Bundesregierung, an die chinesische Botschaft heranzutreten, um konstruktive Gespräche im Sinne des olympischen Gedankens mit seiner Heiligkeit, dem Dalai Lama, aufzunehmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

### **3) Solidaritätsakt Tibet**

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Seit dem Jahr 2001 darf sich Graz „Stadt der Menschenrechte“ nennen. Damals im Februar 2001 bekannte sich der Grazer Gemeinderat einstimmig dazu, bei allen Entscheidungen die Menschenrechte in den Mittelpunkt zu setzen.

Stets verdeutlichten Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dass der Titel „Stadt der Menschenrechte“ für unsere Grazer Heimatstadt nicht nur eine Imagefrage sei. Stets verdeutlichten Sie auch in diesem Zusammenhang, dass Ihnen die Menschenrechtsstadt Graz nicht nur eine Verpflichtung, sondern auch Herzensangelegenheit sei. Zum Beispiel mit dem Europäischen Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie sowie dem stadteigenen Büro für Frieden und Entwicklung haben Sie bewusst Instrumente der innerstädtischen und auch der internationalen Konfliktbewältigung geschaffen beziehungsweise finanzieren Sie diese Institutionen aus dem Budget der Stadt Graz. Auch im Zuge des Wahlkampfes ließen Sie auf ganzseitigen Inseraten in diversen Druckmedien Ihr Anliegen von der Menschenrechtsstadt Graz trommeln: Unter dem Motto „Ihre Stimme der Vernunft“ – kolportiert über die großen Massen-Medien der Stadt Graz meinten Sie noch am Wahlsonntag mit Ihrer in diversen Gazetten nachzulesenden Aussage, „Graz muss beweisen, dass es zu Recht den Titel Stadt der Menschenrechte trägt“, die Grazerinnen und Grazer für dieses Thema zu sensibilisieren.

In diesen Tagen ist nun „Graz als Stadt der Menschenrechte“ im Bereich der internationalen Konfliktbewältigung gefordert.

Wir alle vernahmen mit Bestürzung, dass rund fünf Monate vor den Olympischen Spielen in Peking friedliche Proteste gegen die chinesische Herrschaft in Tibet eskaliert sind. Anlass dieser Proteste war der Jahrestag eines Aufstandes in Lhasa gegen die chinesischen Besatzer. Nach Angaben der tibetischen Exilregierung kamen bei den letzten Ausschreitungen Mitte März dutzende Menschen ums Leben. In Tibets Hauptstadt Lhasa war zuweilen das Kriegsrecht verhängt. Die Polizei ging mit Warnschüssen und Tränengas gegen die anti-chinesischen Demonstrationen vor. Nur, die internationalen Proteste ließen China kalt. China verurteilte sogar die europäischen Proteste mit scharfen Worten. Die Störungen seien, wörtliches Zitat: „abscheuliche Missetaten“, Ende des Zitats, chinesischer Separatisten, sagte eine chinesische Olympia-Sprecherin in Peking.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nagl, wir wollen Sie heute beim Wort nehmen und an Ihre Stimme der Vernunft appellieren. Heute können Sie beweisen, dass der Titel Menschenrechtsstadt Graz nicht nur ein schöner Titel ist, heute können Sie beweisen, dass Graz wirklich zu Recht den Titel Stadt der Menschenrechte trägt, setzen wir als Menschenrechtsstadt Graz ein Zeichen der Solidarität mit Tibet.

Wieder ein wörtliches Zitat: „Gerade in der Menschenrechtsstadt Graz muss man das Vorgehen Chinas gegen das tibetische Volk und die Opfer der Proteste bedauern“, erklärte Ihnen der sicherlich gut bekannte ehemalige Vorgänger Altbürgermeister Alfred Stingl vor wenigen Wochen im ORF.

Herr Bürgermeister Nagl, kommen wir nun vom Bedauern zum konkreten politischen Akt. Setzen wir als Menschenrechtsstadt Graz ein Zeichen. Setzen wir einen Solidaritätsakt mit dem doch sehr unterdrückten Volk in Tibet. Ich kann mich dem auch nur anschließen, was der Vorredner schon gesagt hat, und im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

### **dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivenberichtes beschließen, dass der Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz ersucht wird, ehebaldigst mit dem chinesischen Botschafter Kontakt aufzunehmen, um auf die aus Sicht der Stadt Graz vorliegenden Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen und weiters über den chinesischen Botschafter die chinesische Regierung aufzufordern, sofortige Gespräche mit dem Dalai Lama aufzunehmen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat! Jetzt sind schon weniger Zuhörerinnen und Zuhörer anwesend.

***Zwischenruf unverständlich.***

GR. **Grosz:** Na klar, habe ich ja schon öfter geredet, wundert mich ja nicht. Uns steht es auch frei natürlich, auch bei Abstimmungen den Saal zu verlassen, alles kein Problem. Sehr geehrte Damen und Herren! Uns liegen ein Antrag der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion vor, es liegt uns ein Antrag, nunmehr ein gemeinsamer der ÖVP mit den Grünen und auch der Sozialdemokraten vor, beide haben das gleiche Ziel, beide haben hehre Ziele, beide verurteilen die sich anbahnenden Menschenrechtsverbrechen durch die kommunistische Partei Chinas, durch die kommunistische Staatsführung in China, daher sollten auch beide meiner Ansicht nach zusammengezogen werden. Das, was besonders bemerkenswert ist, und daher bin ich auch dafür und wir unterstützen auch beide Anträge, dass hier die Bundesregierung auch aufgefordert wird zu handeln. Denn die Bundesregierung hat seit drei Wochen dazu geschwiegen, es gibt bis heute keine einzige verurteilende Äußerung der Außenministerin, es gibt keine klare Haltung des Ministerrates und auch keine Erklärung der Österreichischen Bundesregierung, die gemeinsam im Weltenbund von friedlichen Staaten auch stark die Stimme erhebt und sagt, bis daher und nicht weiter, wir lassen das nicht zu. Unzählige Male und auch gestern in der Sitzung des Österreichischen Nationalrates wurde die Bundesregierung, Bundeskanzler Gusenbauer, Vizkanzler Molterer und auch Außenministerin Plassnik aufgefordert, endlich dazu das Wort zu ergreifen. Das was bis heute herausgekommen ist seit drei Wochen, war ein sogenanntes müdes Einzitieren des Botschafters ins Außenamt. Ein kleiner Kaffeeplausch, Herr Botschafter, Exzellenz, wollen Sie ein wenig Kekse haben, bevor Ihre Regierung wieder Tibeter umbringt und das ist eine Haltung, die zu verurteilen ist. Denn gerade Österreich als Land, das vor kurzer Zeit erst den Ratsvorsitz auch der Europäischen Union innegehabt hat, hat natürlich auch eine besondere Stellung und auf Österreich wird auch gehört und daher bringe ich einen Abänderungsantrag ein zu den bestehenden Anträgen und zwar mündlich jetzt vorgetragen:

Der Gemeinderat beschließt zusätzlich an die Bundesregierung eine nachstehende Resolution. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die anhaltenden Verbrechen gegen die Menschenrechte in China zu verurteilen und zwar auch öffentlich zu verurteilen. Ich danke.

GR. Mag. **Molnar**: Wir schließen uns der Dringlichkeit an der freiheitlichen Partei.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es hat jede Fraktion, die jetzt nicht auf einem dringlichen Antrag draufsteht, auch die Möglichkeit, zur Dringlichkeit was zu sagen. Kollege Molnar hat mitgeteilt, dass die ÖVP sich zur Dringlichkeit bekennt. Auch der Kollege Herper und die Kollegin Binder tun dies. Dann frage ich gleich, wünscht jemand zum Antrag das Wort?

*Die Dringlichkeit des Antrages von GR. Mag. Molnar wurde einstimmig angenommen.*

*Die Dringlichkeit des Antrages von GR. Mag. Korschelt wurde einstimmig angenommen.*

GR. Mag. **Mariacher** zum Antrag: Ich möchte kurz auf den Antrag vom Gemeinderat Molnar von der Grazer Volkspartei eingehen und eingangs betonen, dass wir Freiheitliche uns selbstverständlich immer für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, für die Souveränität, Freiheit und vor allem für Rechtsstaatlichkeit einsetzen und das wir natürlich die Situation, die jetzt im Vorfeld der Olympischen Spiele in Peking stattgefunden hat in Tibet, natürlich mit großer Sorge auch verfolgt haben und dahergehend auch der Antrag unseres Gemeinderates Korschelt auch natürlich von der Fraktion unterstützt wird. Wir haben diesen Antrag von der ÖVP, dem sich jetzt auch die SPÖ und die Grünen angeschlossen hatten, natürlich genau studiert und natürlich ist es ein Akt, ein Eröffnungsfeier sozusagen entsprechend auch zu verwenden, um einen gewissen Protest, einen politischen Protest einzusetzen, wenn solche Verletzungen der Menschenwürde, der Rechtsstaatlichkeit, Unterdrückung der Völker, aber auch einer jahrzehntelangen bereits erfolgten Zerstörung des tibetanischen Landes, des Volkes und deren Kultur einfach Ausdruck zu verleihen.

Diesem Antrag des Gemeinderates Molnar können wir bis auf einen Passus einfach auch mitverfolgen, nämlich bis auf diesen eingeschobenen Halbsatz im letzten Absatz, der nämlich einschränkt, dass erst im Falle weiterer anhaltender Menschenrechtsverletzungen in Tibet diese Maßnahme zu setzen ist. Wir sehen bereits das Passierte, das erfolgt ist, Gemeinderat Korschelt ist kurz darauf eingegangen, dass bereits eine Niederschlagung, eine systematische staatliche Niederschlagung eines gewaltfreien Protestes erfolgt ist, dass eine Verhaftungswelle von tausenden Tibetanern eingesetzt ist, dass Hunderte umgebracht sind oder in Kerkern derzeit sitzen und dass auch gegen die Kultur, gegen die Sprache der Tibetaner vorgegangen wird, systematisch auch eine Aggression entstanden ist, der eigentlich die freie und demokratische Welt und damit auch wir hier in Österreich und in Graz nicht tatenlos zusehen können. Wir ersuchen dahingehend zumindest diesen Halbsatz im Antrag der Grazer Volkspartei ersatzlos zu streichen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Jahren stand ich immer im Verruf, die ausgeschiedene Klubobfrau der Freiheitlichen Maxie Uray-Frick, eine gute Freundin von mir, hat mich immer gescholten durch Zwischenrufe, dass ich immer ausarte Sonne-, Mond- und Sterne-Anträge zu stellen. Ich mahne auch angesichts der derzeit aktuellen Tibet-Debatte, weil ich doch, ich weiß nicht, ob es mit dem Alter zusammenhängt, aber doch zu gewissen Einsichten gekommen bin, dass es ist notwendig ist, dass wir uns hier auf der einen Seite uns unsinniger Kraftmeierei begeben und andererseits in Duckmäusertum üben. Das heißt, wir sollten schon uns nicht als ein Signal und ein Zeichen setzen, glaube ich, das ist ganz wichtig, der Geste der Solidarität und der eigenen Souveränität gegenüber der Volksrepublik China und ihrem Verhalten in den letzten Wochen. Wir sollten uns aber nicht aus der Menschenrechts- und Kulturhauptstadt Europas heraus, wir sollten uns aber nicht als Ersatz-UNO oder als Ersatz IOC missverstehen. Deswegen halte ich den Antrag des Kollegen Molnar, der auch die Unterstützung der Grünen findet, für einen Weg, der doch die Möglichkeit bietet, auf den Tatsachenbestand aufmerksam zu machen, so wie ihn heute auch das EU-Parlament am Vormittag beschlossen hat, nämlich einen möglichen Boykott der

Eröffnungsfeier durch Politiker aus Europa und Übersee anzusprechen, durchaus in Aussicht zu stellen und durchaus in Erwägung zu ziehen als Option einer Nichtteilnahme unter der Bedingung der Wiederaufnahme des politischen und vor allem des Dialogs zwischen den chinesischen Regierungsstellen, der KPÖ-Führung und seiner Heiligkeit dem Dalai Lama. Ich glaube, dass es auch wichtig ist, ich sage aus zwei Gründen, das eine, es ist anzuerkennen und wir alle wissen, wir bekleiden uns, unsere Kinder, Enkelkinder spielen mit den Spielsachen, überwiegend erleben wir einen Wirtschaftsboom, ein Wirtschaftswachstum seit Beginn der 80er-Jahre wie im Schnitt rund 10 % im Jahr mit sicher zunehmenden Umwelt- und Sozialproblemen, wie wir wissen. Wanderarbeiter ist ein Stichwort und wir leben alle vom Unternehmungsgeist und der Investitionsbereitschaft nicht nur der Chinesen sondern auch der westlichen Kapitaleigner und wir tragen alle an uns chinesisch. Das Zweite ist, was wichtig ist hinzuweisen, es ist, glaube ich, den Chinesen gelungen, wie auch immer, aber Ende der 40er-Jahre das Joch der Fremdbestimmung abzuschütteln und sich wieder aus eigener Kraft zu einer Großmacht zu mausern, auch mit Begleiterscheinungen. China ist nach wie vor ein Polizeistaat, obwohl manche Städte zum Teil moderner wirken als in Westeuropa oder sogar in den USA. Ungeachtet dessen wissen wir alle, dass die Verantwortlichen friedliche Demonstrationen der Mönche und aufgebrachter, ich sage auch um beide Seiten mitzunehmen, aufgebrachter gewalttätiger Jugendlicher mit Machtmitteln von vorgestern niedergeschlagen haben, mit Panzern und Handschellen und einem Nachrichtenblackout. Nach wie vor steht das Angebot auch des Führers der Tibeter, keine gewalttätigen Übergriffe zu üben und auch kein Olympiaboykott anzugehen, nämlich in den generellen Olympiaboykott, nämlich die Olympischen Spiele generell zu boykottieren. Ich glaube im Interesse von uns allen eine Deeskalation herbeizuführen auch mit jener Fraktion im Apparat, im Politbüro der chinesischen KP. Das heißt nicht, dass wir jetzt auf Geheimdiplomatie oder auf Sanftmut tun, die Zeit der Anbiederei ist sicher vorbei, aber ich zitiere den EU-Präsidenten Pötering von heute Mittag. Die Chinesen verstehen die Zeichen schon sehr gut, wenn es einen gemeinsamen Beschluss von 580 Stimmen im Europaparlament gibt, wenn es deutliche Zeichen gibt von den großen Staaten wie Deutschland, Frankreich, in Europa und vielen EU-Staaten. Ich glaube, die Zeichen verstehen sie sehr gut, dass sie den Kampf um die Macht der Bilder verloren haben, wenn man jetzt den Spießrutenlauf beim Fackellauf um die Welt mitverfolgen darf.

Ich glaube, es geht darum, einen Hebel zu finden, einerseits um die Olympischen Spiele als friedliche Spiele durchführen zu können, andererseits die Menschenrechts- und Minderheitsfragen jederzeit und zu jeder Stunde anzusprechen, ob in Tibet oder auch in anderen Provinzen Chinas. Ich meine, ein solcher Eröffnungsboykott ist angesprochen. Unsere Zivilcourage ist gefordert, es sind auch die Sportler ersucht, auch ihre Meinung äußern zu dürfen, auch wenn es verstaubte Statuten von vorgestern gibt, ihnen keinen Maulkorb aufzuerlegen. Die Zeit, wie gesagt, der Anbiederung ist vorbei, es geht auch, die olympische Idee zu retten und es geht darum mit direkter Ansprache, direkt über die Regierungsebenen und über die Gespräche, die jetzt stattfinden werden in den nächsten Wochen, den Rechtsstaatdialog mit der chinesischen Führung herbeizuführen, um einerseits im Interesse der verfolgten und eingesperrten Tibeter wieder einen menschenwürdigen Umgang zu pflegen mit einer Minderheit in China und anderen Minderheiten, andererseits auch die medizinische Versorgung der Malträtierten und im Gefängnis sitzenden Sorge zu tragen und ich glaube, ein Zeichen ist, einmal ein Zeichen zu setzen aus Graz, wir sollten uns aber nicht übernehmen, sondern wir sollten auch der Politik an der Spitze der EU, den nationalen Politikern die Möglichkeiten bieten, mit Unterstützung von Graz diesen Druck auf die chinesische Führung auszuüben im Interesse der olympischen Spiel, damit sie friedlich und ordnungsgemäß ablaufen und im Interesse der Tibeterinnen und Tibeter selber. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! wir haben der Dringlichkeit zugestimmt, weil wir Gewalt ablehnen und die Menschenrechte ernst nehmen. Mir gefällt auch einiges an China nicht, muss ich ganz ehrlich sagen, die Beibehaltung der Todesstrafe, die wir in Russland und in USA natürlich auch noch bemerken müssen. Wo mir scheint, in allen drei Staaten, scheint langsam Vernunft einzukehren, die Zahl der Hinrichtungen geht zurück. Wir haben in China ein riesiges Stadt-Land-Gefälle, es ist eine höchst ungleiche Wohlstandsverteilung, wir haben dort auch Arbeitsverhältnisse, die jede Gewerkschaft der Welt unterbinden müsste. Die haben schlimme Wohn- und Lebensverhältnisse für Landbewohner, die in der Stadt Arbeit suchen. Erinnert mich an unseren Umgang mit Gastarbeitern. Trotzdem muss man Peter Michael Lingens im letzten Profil Recht geben, wenn er die zweite

Seite der Medaille aufzeigt. Die Tibeter haben begonnen, chinesische Einrichtungen anzugreifen, wir haben auch Opfer in der chinesischen Minderheit. Die tibetische Ordnung, die jetzt so wortreich verteidigt wird, bezeichnet Lings als mittelalterliche Feudalordnung. Die Chinesen haben dieses Land modernisiert, erst sie haben in Tibet Schulen gebaut, wo man mehr als nur zu beten lernt, so das Profil. Ich frage mich, wo blieb hier unter der Mönchsregierung das Menschenrecht auf Bildung? Die USA und ihre Verbündeten haben in einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg im Irak und der darauffolgenden Besetzung des Landes zehntausende, wenn nicht hunderttausende Menschen mit einem Schlag getötet. Wo bleibt hier das Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit? Auf Guantanamo werden seit Jahren unzählige Häftlinge gequält und gefoltert. Es gibt keinen fairen Prozess, die ganze Welt sieht das, noch dazu auf einem Boden, wo US-Recht nicht gilt, wo bleibt hier das Menschenrecht auf Freiheit und fairen Prozess, gibt es hierzu auch einmal einen dringlichen Antrag? Meine Bitte lautet, nicht mit zweierlei Maß zu messen, da den beiden Anträgen die inhaltliche Ausgewogenheit fehlt, können wir ihnen leider nicht zustimmen (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich möchte nur kurz noch replizieren auf das, was Kollege Fabisch jetzt zum Schluss noch gesagt hat. Ich stimme dem Kollegen Fabisch in vielem zu, die Punkte, die er angeschnitten hat, das sind Dinge, wo sich unser Gemeinderat nicht dazu geäußert hat und ich will es gar nicht wiederholen, was der Kollege Fabisch gesagt hat. Und zum Krieg im Irak haben wir auch geschwiegen, da herinnen, draußen nicht. Aber jetzt das aufzurechnen und eine Gleichung zu machen und zu sagen, ja liebe Leute, zu diesen Dingen haben wir nichts gesagt, daher sagen wir jetzt auch zu Tibet nichts beziehungsweise zu den eklatanten Menschenrechtsverletzungen der Chinesen am tibetischen Volk, unter welchen Bedingungen auch das tibetische Volk immer leben muss, auch da stimme ich einigem zu, was der Kollege Fabisch gesagt hat. Aber deswegen jetzt nichts zu sagen, das ist für mich unzulässig, politisch absolut unzulässig. Mir geht es darum, uns Grünen geht es darum, dass wir hier ein klares Zeichen setzen auch als Menschenrechtsstadt und die Verantwortung, die der Bürgermeister dieser Stadt auch zu tragen hat gegen die Missachtung der

Menschenrechte. Hier geht es nicht um die Systeme, sondern um Menschenrechte und das ist etwas anderes und die universellen Menschenrechte und die nicht gewährt werden, durch ein totalitäres, sehr restriktives Regime. Deswegen freut es uns auch und wir halten es für ganz, ganz notwendig, dass dieser Antrag auch eine breite Mehrheit bekommt als ganz wichtiges Signal unserer Stadt (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat! Ich bin jetzt erschrocken und zwar über die Wortmeldung der kommunistischen Partei. Ich bin wahrscheinlich der Letzte, der da Frau Klubobmann Binder vollkommen Recht geben würde, aber ich gebe ihr vollkommen Recht, das kann man nicht aufrechnen. Ich kann auch heute mein Wort genauso zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit erheben, auch wenn ich es zu den Kreuzzügen der katholischen Kirche im 17. Jahrhundert nicht gemacht habe, genauso kommt mir das nämlich vor. Dass Sie sich selbst aussuchen nach Beliebigkeit, wo für Sie Menschenrechtsverbrechen stattfinden und wo nicht. Die Menschenrechte sind nicht beliebig sie gelten für alle. Und ich gebe Ihnen vollkommen Recht, eine zivilisierte aufgeklärte, friedliche Gesellschaft hat auch die Pflicht, gegen alle Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorzugehen. Da ist Guantanamo, da ist alles Mögliche, was im Namen mancher Demokratien weltweit hier getan und verbrochen wird, drinnen. Aber heute eine klare Verurteilung dieser Verbrechen, die gegen eine, nicht nur Verbrechen, die gegen Personengruppen ausgeübt werden, sondern gegen eine Religion ausgeübt wird, das ist auch ein Verbrechen gegen die Freiheit der Religionsausübung. Hier nicht mitzumachen, weil die, die die Verbrechen ausüben, offensichtlich im Namen Ihrer Gesinnung den gleichen Namen tragen, die Ihre Gesinnung trägt, dass das ihre Schwesterpartei ist, im Verband der Kommunistischen Internationale. Ich sage Ihnen eines, ich ersuche Sie, wenn Sie heute,...

*Zwischenruf unverständlich.*

GR. **Grosz**: ...na, aber singen tut's es wenigstens noch, die Internationale, hin und wieder, wenn Ihr halt ein bisschen lustig seid, aber ich ersuche Sie wirklich

eindringlich, auch hier mitzumachen, es wurde auch nachhaltig hier schon erklärt, ausführlich erklärt, wir können es jeden Tag in den Zeitungen lesen, was hier passiert, wir können es durch die zensurierten bewegten Bilder im Fernsehen sehen, die hin und wieder nicht zensuriert werden, sondern durchschlüpfen, was sich hier in Tibet abspielt. Ich ersuche Sie wirklich eindringlich, die kommunistische Fraktion, hier mitzumachen, denn ansonsten ist Ihr Verhalten heute das beste Beispiel dafür, dass wir neben einem Verbotsgesetz gegen den Nationalsozialismus auch ein Verbotsgesetz gegen den Kommunismus brauchen. Danke.

**GR. Wippel:** Liebe Kollegin Sigi Binder! Mein Kollege Fabisch hat durchaus in seiner Wortmeldung keine Aufrechnung begangen, sondern seine Aussage war klar und deutlich. Der Antrag, die beiden Anträge sind im Motivenbericht unausgewogen, weshalb wir dem nicht zustimmen können. Wir haben lange in unserem Klub diskutiert und sind zur Einsicht gelangt, dass eigentlich der reine Antragstext vom Mag. Korschelt durchaus unterstützenswert ist. Allein der Motivenbericht ist unausgewogen, genau das hat mein Kollege Fabisch gesagt, er hat auch aufgezählt, wo Menschenrechtsverletzungen weltweit passieren und wo der Gemeinderat dazu geschwiegen hat. Er hat auch gesagt, dass man jetzt zu Tibet nicht schweigen soll, aber eben in einer ausgewogenen Art und Weise und nicht in einer, wenn man die Berichterstattung verfolgt und so wie es auch der Gemeinderat Grosz gemeint hat, wir wollten die durchgeschlüpfen Bilder uns anschauen, ja, wir haben sie uns angeschaut, die meisten sind von Ausschreitungen in Nepal. Ich habe einmal gefragt,...

***Zwischenruf GR. Grosz: Wollen Sie die Menschenrechtsüberschreitungen leugnen?***

GR. **Wippel:** Ich habe jetzt einmal der Kleinen Zeitung auch gesagt, es ist eigenartig, wenn es Ausschreitungen nach einem Fußballspiel in Wien gibt, wird man nicht als Beispiel das Liebenauer Stadion hernehmen, aber genau das ist in der letzten Zeit immer wieder passiert. Man hat eben nicht ausgewogen Bericht erstattet und man hat jetzt in diesen beiden Anträgen auch den Motivenbericht nicht ausgewogen gebracht, deshalb konnten wir dem Antrag auch nicht zustimmen. Dem Antragstext vom Mag. Korschelt ist eigentlich an sich sonst zuzustimmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Binder:** Herr Kollege Grosz, bin ich richtig informiert, dass es in Kärnten ein Verbot gibt, was den Bau von Moscheen betrifft? Wie schaut es da aus mit Religionsfreiheit? Ich denke mir, wenn es das Recht gibt auf Religionsfreiheit, dann gibt es auch das Recht der öffentlichen Darstellung von Religion und dazu gehören eben auch Gebetshäuser. Also, wenn Sie dann so ein flammende Rede halten für die Religionsfreiheit, dann denke ich mich, dann setzen Sie sich einmal mit Ihrem Chef in Kärnten aber auch entsprechend kritisch auseinander, das wäre, glaube ich, ziemlich notwendig (*Applaus Grüne*). Zur KPÖ, ich habe auch einen ziemlichen Respekt vor dem, was das chinesische Volk auch in den letzten Jahren entwickelt und verändert hat, aber ich kann nicht nachvollziehen, was eure Logik ist, warum Ihr dem Antrag nicht zustimmen könnt. Auch nicht, was du gesagt hast, das ist für mich ein Vergleich, der für mich politisch unzulässig ist. Und darum würde ich euch bitten, sich das schon noch einmal genau zu überlegen, weil ein Motivenbericht eurer Meinung nach nicht ausgewogen ist, habt ihr versucht, uns das klarzumachen, habt ihr versucht, mit uns zu reden, darüber was für euch ausgewogen wäre? Also ich kann mich jetzt nicht erinnern, dass ihr das Gespräch gesucht hättet und ihr könnt sicher sein, mich hätte das sehr interessiert und wir hätten uns das ganz genau angeschaut. Aber sich so leicht sich jetzt aus dem Staub zu machen und zu sagen, nur weil der Motivenbericht nicht ausgewogen ist, also das, ich sage es ehrlich, das enttäuscht mich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nachdem ich auch unmittelbar angesprochen worden bin, aber es mir selbst auch ein wichtiges Anliegen ist, möchte ich mich zu diesem Thema auch gerne äußern. In beiden Fällen, sowohl des Dalai Lama und allen Tibetern als auch der Volksrepublik China und den Menschen, die dort leben, handelt es sich, soweit sie mit uns in Kontakt stehen, um Freunde von Graz. Der Dalai Lama und das brauche ich hier nicht besonders erläutern, war mehrfach hier und er hat Graz auserkoren, ich war damals Zeuge, Vorgänger Alfred Stingl hat ihn gefragt, ob ein solches Kalachakra, das damals, glaube ich, gerade in Amerika geplant war, nicht auch einmal in Graz stattfinden könnte, er hat dann recht schroff reagiert vor Ort hier, aber 14 Tage später haben wir ein Schreiben bekommen, dass seine Heiligkeit, der Dalai Lama, auch Graz ausgesucht hat als einen ganz besonderen Boden und einen ganz besonderen Platz auf dieser Welt, wo er ein solches Kalachakra abhalten möchte. Es gab damals die Diskussionen darüber, wir haben aber auch sehr, sehr viele Menschen, die uns mittlerweile aus China besuchen, die uns Städtepartnerschaften antragen, die uns besuchen und auch den Fortschritt, den China in allen Bereichen des Lebens macht, auch zu demonstrieren, es uns zu zeigen und ebenfalls die Nähe und die Freundschaft von uns hier in Graz suchen. Und genau zwischen solchen Freunden gibt es auch auf Grund unterschiedlichster Einstellungen und auf Grund der Politik aber auch schlimme Auseinandersetzungen. Und ich glaube, dass niemand hier im Gemeinderatssaal Menschenrechtsverletzungen, Gewaltausschreitungen, diese Aggressionen gut heißen wird und dass wir alle jetzt bemüht sind, auch als Menschenrechtsstadt Graz hier ein klares Signal zu setzen. Ich finde es gut, dass wir das heute tun und ich finde es auch gut, dass wir es namens der Stadt tun und nicht nur der Bürgermeister oder der eine oder andere Stadtregerer, sondern dass wir es gemeinsam tun, aber wir sollten genau darauf achten, welchen Weg wir wählen, um mit beiden einen Schritt weiter zu kommen. Im Sinne dessen, wie wir uns verpflichtet haben, nämlich Menschenrechtsstadt zu sein. Wir sind die einzige Menschenrechtsstadt in Europa, also es ist nicht so, dass man einfach sagen kann, wir sollten uns hier nicht äußern und nicht melden und ich glaube, dass wir jetzt auch eine gute Formulierung und auch einen gute Weg gefunden haben, dass wir aufzeigen, dass wir aber auch diesen Konflikt und unseren Wunsch weitertragen hinauf zur Bundesregierung, die ja auch die Ansprechpartner auf dem diplomatischen Parkett weltweit sind und die auch den richtigen Weg finden werden, weil das, was Graz meint, glaube ich, meint auch

ganz Österreich. In diesem Sinne bitte ich jetzt auch, dass wir nach den beiden Schlussworten dann auch abstimmen und eine Formulierung finden, die beiden Freunden vielleicht weiterhilft, diesen Weg zu finden.

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Oft kommt es auch vor, dass sogar ich verblüfft bin und zwar war ich der Meinung, ich bin im falschen Film. Erstens einmal, glaube ich, es ist relativ selten vorgekommen, dass es mir gelungen ist, einen dringlichen Antrag zu bringen, wo die Dringlichkeit einstimmig erfolgt ist und das Zweite, was mich natürlich noch mehr gewundert hat war, dass bei der ersten Wortmeldung der Frau Klubobfrau Binder, die ich zu hundert Prozent unterschrieben haben könnte, habe ich mir gedacht, da kann irgendwas nicht stimmen dann, aber bei der zweiten Wortmeldung habe ich natürlich gleich gemerkt dann, ich bin doch im richtigen Film, ich bin doch wieder aufgewacht dann (*Applaus FPÖ*), wobei ich sagen muss zur Ehrenrettung des Kollegen Grosz, erstens einmal ist unser ehemaliges Parteimitglied, einfaches Parteimitglied Jörg Haider nicht der Chef vom Kollegen Grosz ,sondern unter Führungszeichen nur „Landeshauptmann in Kärnten“ und zweitens auch dazu gesagt, dass er es nicht verboten hat, Minarette und Moscheen zu bauen, sondern es gibt einfach eine Bauordnung, die das eben nicht zulässt und das ist einmal in einem demokratischen Staat einmal jederzeit möglich, dass eben eine Mehrheit eine Bauordnung ändert, dass eben gewisse Sachen nicht gebaut werden können (*Applaus FPÖ*). Also ich glaube, man sollte das Kind nicht mit dem Bade ausgießen. Zum Kollegen der KPÖ möchte ich nur sagen, ich kann mich da auch nur anschließen der Worte der Kollegin Binder, ich halte das auch nicht für gut diese Aufrechnung, weil da kommen wir jetzt wieder zurück dann in die alte Geschichte, wie viel hat der Stalin usw. Also ich glaube, das tut nie gut, sondern wir sind jetzt im Hier und Jetzt und wenn es jetzt einmal passiert und ich glaube, wir haben uns damals auch, wie gesagt, da waren wir alle schon, Kollege Fabisch, Kollegin Binder, da waren wir alle schon im Gemeinderat, wir haben uns damals ja auch sehr eindringlich gegen den Herrn Schwarzenegger ausgesprochen, wie er damals die Todesstrafe eingeführt hat und ich glaube, dass man schon, wenn aktuelle Probleme sind, glaube ich, sollten wir uns nicht verschweigen. Sonst würde ich halt noch einmal werben, dass unser Antrag eine Mehrheit findet, weil ich glaube,

es kann nicht so schwierig sein, dass der Bürgermeister, der ja immer sehr gerne auch, wie gesagt, bei uns ausländische Gäste empfängt, diese ins Goldene Buch der Stadt Graz eintragen lasst, der auch sonst im Ausland ja als Bürgermeister unterwegs ist, auch sozusagen über die Stadtgrenzen hinausgeht und wie auch immer Kontakt aufnimmt, ob er jetzt telefonisch, ob er brieflich oder ob er persönlich, „körperlich“ unter Anführungszeichen, mit dem chinesischen Botschafter Kontakt aufnimmt, ich glaube, das könnten wir und gestatten Sie mir, dass ich das jetzt sage, Herr Bürgermeister, das glaube ich, sind Sie einer Menschenrechtshauptstadt schuldig und sind Sie auch dem Gemeinderat Graz schuldig. Dankeschön (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Molnar**: Werte Kollegen, ich kann mich leider nicht verwehren, meine Emotion ganz kurz auszusprechen, also ich bin sehr enttäuscht von der kommunistischen Fraktion, gerade Sie als einzige Stadt Österreichs, wo die Kommunisten im Gemeinderat sitzen...

*Zwischenruf StRin. Kahr: Ist nicht die einzige.*

Mag. **Molar**: Wo noch? ...einer starken Fraktion, wäre es ein schönes Zeichen gewesen, gerade ihrer Schwesterpartei in China zu zeigen, dass auch eine kommunistische Partei für Demokratie und Menschenrechten besteht.

*Zwischenruf StRin. Kahr: Wie kommen Sie darauf?*

Mag. **Molar**: Weil Sie den gleichen Namen tragen und ich möchte ganz kurz betonen, mein Vater ist 1956 von Ungarn im Aufstand hier mit nichts gekommen als mit einer Offizierspistole, die er verkauft, um seine Existenz zu sichern. Er hat gesagt, er hat in ganz Österreich von allen Leuten die beste Unterstützung bekommen. Die Einzigen, die hier in Österreich auch damals angesprochen waren, ist die Kommunistische Partei Österreichs. Das war damals 1956, wo sich die Kommunistische Partei gegen eine Verurteilung damals ausgesprochen hat, deshalb verstehe ich Sie nicht, dass Sie jetzt hier nichts gelernt haben.

*Zwischenruf StRin. Kahr unverständlich.*

Mag. **Molar**: Aber das wäre jetzt hier die Möglichkeit, hier noch einmal aufzuzeigen, hier für Menschenrechte zu sein. Ich möchte noch einmal bitten, dem Antrag, dem Abänderungsantrag stattzugeben, dieses Konjunktiv herauszunehmen, diesen Änderungssatz, wo wir geschrieben haben, bei anhaltenden Menschenrechtsverletzungen, bei Menschenrechtsverletzungen und ich glaube in dem Fall können wir den Antrag stellen. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Damit ich die allgemeine Verwirrung über die vielen Änderungswünsche vielleicht ein bisschen aufhellen kann und ein bisschen mithelfen kann. Wir haben jetzt vor uns zwei dringliche Anträge, bei beiden dringlichen Anträgen gibt es jetzt Änderungen. Wir werden jetzt als Erstes über den Abänderungsantrag abstimmen, der Abänderungsantrag, den der Herr Kollege Mariacher gestellt hat. Er hat den Wunsch gehabt, dass die Passage im dringlichen Antrag, also unten im Beschluss, dass da ein Satz herauskommt, ein Nebensatz: Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge mit einer Petition an die Bundesregierung herantreten, keine VertreterInnen der Österreichischen Bundesregierung zur Eröffnung der Sommerspiele nach Peking als Zeichen des

Ausdrucks der Ablehnung usw. das soll beschlossen werden und dass dieser Satz herauskommt, dass im Falle „weiterer“ anhaltender Menschenrechtsverletzungen in Tibet bei unveränderte Haltung der chinesischen Regierung zu ihren Minderheiten keine entsandt werden. Also jetzt schon klar und deutlich kundzutun, dass das, was war, schon ausreicht und nicht erst zu sagen, im Falle „weiterer“ Menschenrechtsverletzungen. Über diesen Abänderungsantrag würde ich gerne als Erstes abstimmen und dann melde ich mich zu den übrigen Änderungswünschen.

***Der Abänderungsantrag von GR. Mag. Mariacher wurde einstimmig angenommen.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Damit ist der Abänderungsantrag angenommen und damit auch der Antrag in diesem Sinne angenommen. Wir haben jetzt auch einen Zusatzantrag, einen Zusatzantrag vom Kollegen Grosz, der folgendermaßen formuliert wurde: Der Gemeinderat beschließt nachstehende Resolution, die Bundesregierung wird aufgefordert, die anhaltenden Menschenrechtsverbrechen in China aufs Schärfste zu verurteilen.

***Der Zusatzantrag von GR. Grosz wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt kommen wir zum dringlichen Antrag des Kollegen Harald Korschelt. Der Herr Magister hat sich jetzt auch im Vorfeld bereit erklärt, dass auch hier der dringliche Antrag folgendermaßen lautet: Der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivenberichtes beschließen, dass der Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz ersucht wird, ehebaldigst mit dem chinesischen Botschafter Kontakt aufzunehmen um auf die aus Sicht der Stadt Graz vorliegenden Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen. Das heißt, der Rest entfällt jetzt.

*Der dringliche Antrag von GR. Mag. Korschelt wurde mit Mehrheit angenommen.*

#### **4) Nachhaltigkeit bei kommunalen Bauvorhaben**

GR. **Herper** stellt namens von SPÖ, ÖVP und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, das ist ein gemeinsamer Antrag, wie du schon gesagt hast von SPÖ, ÖVP und Grün. Es geht um die Nachhaltigkeit der kommunalen Bauvorhaben. Spätestens seit der völkerrechtlich verbindlichen Kyoto-Vereinbarung sind die Themen Klimaschutz, Einsparung von Treibhausgasen und ressourcenschonende Energiegewinnung in aller Munde. Sie betreffen die Zukunft der Erde und jeder und jedes Einzelnen. Und jede/r VerantwortungsträgerIn und jede/r Einzelne kann und muss handeln, um die Zukunft für sich und andere lebenswert zu machen.

Kernziel des Kyoto-Protokolls ist, wie gesagt, eine globale Reduktion der Treibhausgase um 5,2 Prozent.

Die Europäische Union hat sich im Rahmen des Kyoto-Protokolls verpflichtet, den Ausstoß der sechs wichtigsten Treibhausgase von 2008 bis 2012 um durchschnittlich acht Prozent zu reduzieren. Die dadurch entstehenden Lasten werden entsprechend der jeweiligen Emissionen der Mitgliedsstaaten verteilt. Österreich muss demnach die Emission von Treibhausgasen um 13 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Es ist allen erinnerlich und wird noch erinnerlich sein, auch allen Neomitgliedern dieses hohen Hauses, es geht um die

- Verbesserung der Energieeffizienz
- Forschung, Förderung, Entwicklung und vermehrte Nutzung von neuen und erneuerbaren Energieformen und umweltverträglichen Technologien
- Förderung nachhaltiger Waldbewirtschaftungsmethoden
- Förderung nachhaltiger landwirtschaftlicher Bewirtschaftungsformen

- Verringerung oder schrittweise Abschaffung von steuerlichen Anreizen und Subventionen, die im Widerspruch zum Ziel des Übereinkommens stehen
- Begrenzung oder Reduktion von Emissionen der Treibhausgase des Verkehrsbereiches
- Begrenzung oder Reduktion von Methan-Emissionen

Trotz vieler Initiativen und Bekenntnisse zu den Zielen des Kyoto-Protokolls – die Stadt Graz ist ja bekanntlich vor 17 Jahren dem Klimabündnis beigetreten - scheinen diese bis 2012 nicht erreichbar zu sein.

Ende Jänner dieses Jahres hat die EU-Kommission daher ein Richtlinienpaket „Erneuerbare Energien und Klimawandel“ vorgelegt. Österreich muss demnach bis 2020 die Treibhausgasemissionen um 16 Prozent im Vergleich zu 2005 senken und bis 2012 um 13 Prozent gegenüber 1990. Der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch soll auf 34 Prozent erhöht werden, derzeit liegt er bei 23 Prozent; werte Kolleginnen und Kollegen, der EU-Durchschnitt beträgt lediglich 8,5 Prozent. In allen EU-Mitgliedsstaaten soll bis 2020 ein Anteil an Biokraftstoffen von zehn Prozent gelten und eine Reduktion des Energieverbrauchs um 20 Prozent erreicht werden. Das sind ambitionierte beachtliche Ziele, die aber nur gemeinsam mit der Bevölkerung, mit den Unternehmungen, mit den Sozialpartnern gelingen werden können.

Es gilt daher in allen Bereichen – auch in der Stadt Graz - die Anstrengungen und Maßnahmen zu intensivieren und als Stadt Vorbildfunktion innezuhaben. Aus diesem Grund muss auch bei Bauvorhaben der Stadt das Thema Nachhaltigkeit als Grundprinzip bei Planung und Realisierung Einzug halten und Geltung haben ab sofort. Die Umsetzung von städtischen Leuchtturmprojekten soll die Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und zum Nachmachen anregen.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs und der ÖVP und des Grünen Klubs stelle ich daher den

**d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Ich bedanke mich hierbei um die Vorschläge, die auch von Seiten der ÖVP und der Grünen Fraktion gekommen sind:

- 1) Der Gemeinderat bekennt sich zu den Kernzielen des Kyoto-Protokolls und wird in der kommenden Gemeinderatsperiode alle zielführenden Maßnahmen ergreifen, um diese zu erreichen.
- 2) Der Gemeinderat versteht die Aufgaben des Klimaschutzes, der Energieeffizienzsteigerung und des Energiesparens als Querschnittsmaterie, die in allen Ämtern, Abteilungen und Gesellschaften der Stadt Graz implementiert werden sollen, zum Beispiel auch bei der GBG.
- 3) Die Baudirektion wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, das auf kommunaler Ebene bei Neubau- und Sanierungsvorhaben der Stadt das Ausarbeiten beziehungsweise den Einsatz von nachhaltigen Energiekonzepten und –formen gewährleistet sowie die Verwendung von ökologischen Materialien fördert. Im Rahmen dieses Konzepts sollen auch zukunftsorientierte, quantifizierte und überprüfbare Standards bezüglich des spezifischen Energieeinsatzes und der spezifischen CO<sub>2</sub>-Emissionen für städtische Bauvorhaben erarbeitet werden.
- 4) Bei Wettbewerbsverfahren für städtische Bau- und Sanierungsvorhaben sind energetisch-ökologische Kriterien verstärkt in der Ausschreibung beziehungsweise in der Projektbeurteilung zu berücksichtigen und unabhängige ExpertInnen zum Thema Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger in die Jury einzubinden.
- 5) Alle Abteilungen der Stadt und auch die GBG, die ja in Zukunft eine Trägerschiene sein wird für diese Aktivitäten, haben in ihren Nutzerverhalten und in ihren Nutzenanforderungen den Themen Energieeffizienz und nachhaltige Ressourcenschonung Vorrang zu geben und innerhalb der nächsten zwei Jahre Maßnahmenkataloge zu erarbeiten, die obige Ziele in ihrem Umfeld verfolgen. Das Umweltamt soll mit seinen ExpertInnen dabei beratend zur Seite stehen.

- 6) Als Zielvorgabe soll, im Sinne der Vorbildfunktion, eine Reduktion des Energieverbrauchs um 30% bis 2020 angestrebt werden. Die Überprüfung der Zielerreichung erfolgt durch regelmäßiges Monitoring und Controlling. Um entsprechende Anreize zu Energiesparmaßnahmen zu bieten, sollen die Energiekosten in die Budgetverantwortung der jeweiligen Abteilungen übergeführt werden.

Ich bitte, neben den drei antragstellenden Fraktionen, auch alle anderen lade ich herzlich ein, bei diesem dringlichen Antrag mitzugehen. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzter Stadtsenat, werte Kollegen! Sehr gut aus unserer Sicht ist in dem Antrag der SPÖ die Forderung, dass die Stadt Graz mit ihren Abteilungen Vorbildfunktion erlangen soll, besonders hervorzuheben ist dabei die Nachhaltigkeit, der in diesem Antrag voll Rechnung getragen wird. Hier geht es um Investitionen in die Zukunft, in die Zukunft auch der nachfolgenden Generationen. Wir, die FPÖ, stimmen daher sowohl in der Dringlichkeit wie auch in der Sache vollinhaltlich zu. Danke (*Applaus FPÖ*).

GRin. Mag.a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und Gäste! Ursprünglich handelte es sich bei diesem Antrag um einen Antrag der SPÖ und das kam für uns schon ein bisschen merkwürdig daher, muss ich ganz offen sagen, da sie doch bis vor wenigen Wochen alles das, was sie da jetzt fordern, selbst hätten machen können, weil es nämlich in ihrer Verantwortung lag. Im kommunalen Energiekonzept aus dem Jahr 1993 steht alles drinnen, es hat bisher einfach an der Umsetzung gehapert. Ich darf da zitieren, damals unter quantitative Zielvorgaben steht zu lesen: Halbierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2010 bezogen auf das Jahr 1987. Wir haben jetzt 2008 und

ich fürchte, dass es besser ist, dass es keine konkreten Zahlen gibt, wie diese Entwicklung tatsächlich ausgesehen hat. Auf der anderen Seite ist es eine sehr gute Möglichkeit für uns, auch dem Gemeinderat und den Gästen den wichtigen Schwerpunkt im Koalitionsübereinkommen darzustellen. Wir haben ganz klar definiert, dass die Energiewende ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor ist, dass es mehr Beschäftigung durch die Energiewende geben wird, ich verweise da auf Deutschland, wo durch ein ganz, ganz tolles Ökostromgesetz 260.000 Arbeitsplätze geschaffen wurden. Bei den Leitzielen haben wir definiert, dass Graz in Zukunft eine Vorreiterrolle in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien einnehmen soll. Die Steigerung der Energieeffizienz soll unter Einsatz von erneuerbaren Energieträgern in weiten Bereichen des öffentlichen Handels implementiert werden. Konkrete Maßnahmen, Aktionsprogramm Energieeffizienz für stadteneigene Gebäude und Anlagen, Entwicklung von Energieeffizienzprogrammen für private Gebäude und Betriebe, insbesondere im Althaus- und Innenstadtbereich, Ausbau von Fernwärme und Solarenergie, dann Einrichtung eines Einsparkraftwerks, das ist ein besonders schönes, weil auch soziales Projekt, weil dort auch Menschen geholfen werden soll, Energie zu sparen und Geld zu sparen, Ausarbeitung eines Masterplanes Energie und Klimaschutz in Zusammenarbeit mit den wichtigsten AkteurInnen der Stadt Graz, Festlegung von Klimaschutz und Nachhaltigkeitskriterien für die Handlungsfelder der Stadt Graz. Vorher wurde wieder die Zahl genannt, dass bis zum Jahr 2020 der Energieverbrauch um 30 % reduziert werden soll. Das ist nach den jahrelangen Versäumnissen eine riesige Herausforderung, dass wir uns diesem Ziel annähern können und es gibt auf Landes- und Bundesebene wirklich viel zu tun. Ich möchte daran erinnern, dass die Umsetzung des Kyoto-Ziels primär Landessache ist, weil dort auch die entsprechenden Richtlinien beschlossen werden, Stichwort Bauordnung, Stichwort Wohnbauförderung und auch einschlägige Teile der Energiepolitik. Ich bitte Sie daher bei Ihren in der Regierung sich befindlichen Kolleginnen und Kollegen auf Landesebene aktiv zu werden, damit die Steiermark wirklich energieautark wird. Mit einem Gaskraftwerk in Mellach werden wir das sicher nicht, weil Gasvorkommen sind mir in der Steiermark nicht bekannt, dass bei der Umsetzung der Wohnbauförderungen Änderungen vorgenommen werden, es kann nicht sein, dass die Installation stromfressender Wärmepumpen auf Kosten der Solarenergie gefördert wird. Und es darf auch nicht sein, dass nur 20 % der Sanierungen laut einer

Wifo-Studie überhaupt energierelevant werden. Daher braucht es eine dringende Sanierungsoffensive im Energiebereich. Der Wettlauf mit der Zeit hat bereits begonnen, es geht nicht mehr nur um Leuchtturmprojekte, sondern es geht um breitflächige und konkrete Maßnahmen, denn aus sozialen und ökologischen Gründen ist die Energiewende raschestmöglich umzusetzen und ich bitte Sie daher, auch auf Landesebene aktiv zu werden. Danke (*Applaus Grüne*).

StRin. **Kahr:** Werte Gemeinderäte und Gemeinderätinnen! Ich kann meiner Vorrednerin auf jedem Fall Recht geben, muss es auch unterstreichen, dass hier vor allem im Land Steiermark, was die Wohnbauförderungsmittel betrifft, natürlich auch anzusetzen ist. Wir haben aber heute noch einen dringlichen Antrag auch dazu, wie es mit den Wohnbauförderungsmitteln im Land ausschaut, wie wenig eigentlich doch vorhanden sind, dass eigentlich nicht einmal die Mittel ausreichen, um die nötigen Wohnbauvorhaben im Geschossbau überhaupt zu realisieren, um leistbares Wohnen und um das es letztendlich auch immer gehen muss, überhaupt zu ermöglichen. Aber ich denke, dass die Stadt Graz, und ich möchte jetzt nur einfach als Information auch wieder dem heutigen Gemeinderat geben, durchaus ein Amt hat, das hier sehr vorbildlich arbeitet und das schon seit vielen Jahren, das ist das städtische Wohnungsamt. Meine Kollegin Christina Jahn hat im November letzten Jahres an mich diesbezüglich eine Anfrage zurecht gestellt, inwieweit das städtische Wohnungsamt energieeffizientes Sanieren vornimmt und ich habe diesbezüglich dem Gemeinderat auch einen sehr ausführlichen Bericht gegeben, jeder und jede hier im Haus, den es interessiert, kann das gerne nachlesen. Egal, ob es um umfassende Sanierungen oder ob es um die kleine Sanierung geht oder auch um Neubau, wo wir die Geschossbaufördermittel benötigen vom Land, sind wir eben auf die Wohnbaufördermittel des Landes angewiesen, die durchaus schon jetzt, das muss man auch sagen, was Energieeffizientes, also relativ ein hohes Niveau doch hat, im Vergleich zu anderen Bundesländern. Fenster aus Holz oder solare Warmwasseraufbereitungsanlagen, selbstverständlich ist es zum Beispiel auch ganz konkret der Bau in der Raiffeisenstraße vorgesehen, Heizungsanlagenoptimierungen, Schallschutzfenster, Wärmedämmung, dass das alles mit ökologischen Baumitteln verwendet wird, das ist selbstverständlich. Noch einmal, jeder, den es genauer interessiert, kann das gerne haben und ansonsten ist

dem Inhalt zuzustimmen, gebe aber Ihnen Recht, dass das natürlich ein Thema ist, das nicht in dieser Periode wichtig war, sondern schon in der letzten (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Gäste! Ich freue mich über die Initiative der SPÖ, die ein Thema aufgreift, das wir uns nicht nur in den Koalitionsvereinbarungen, sondern als Grüne auch schon in den letzten Jahren als ganz wesentlichen Ansatzpunkt für eine zukunftsorientierte Politik auf allen Ebenen, aber eben auch insbesondere im Bereich der Kommunalpolitik, gesetzt haben, weil die Klimawandelsituation, die Situation des CO<sub>2</sub>-Verbrauchs, des viel zu hohen Energieverbrauchs in unserer Region uns vor gewaltige Herausforderungen stellt. Als zuständige Referentin für den Bereich Umweltschutz, wo Energiefragen wesentlich, aber nicht alleine, abgewickelt werden in Zukunft, bestärkt mich der Antrag, der jetzt doch sehr breit getragen wird, dass es eine Aufgabe sein wird für die ganze Stadt und alle Abteilungen in ihren Möglichkeiten mittragen werden müssen, wenn wir wirklich in die Nähe der Erreichung der Ziele, die in Kyoto und jetzt auch durch die Richtlinien der EU vorgegeben sind, erreichen wollen. Ich möchte auf zwei Beispiele eingehen, die im Antrag auch jetzt konkret erwähnt sind und auch von der SPÖ eingebracht wurden, wozu es durchaus auch schon Ansätze im Haus gibt und wo eine ganz konkrete Einladung an alle Ressorts erfolgt, sich daran zu beteiligen. Im Umweltamt gibt es in den letzten Jahren immer wieder Bemühungen zum Thema Energieeffizienz Projekte umzusetzen, ein konkretes Projekt habe ich mir gerade angesehen. Das heißt Energie Trophy plus, wer davon schon gehört hat, man kann sich direkt im Umweltamt auf einem Monitor auch ansehen. Das ist ein Projekt, wo ganz genau geschaut wird, was in den einzelnen Abteilungen für Energieverbrauch tagtäglich stattfindet, welche Heizaufwendungen etc. sich dort abbilden und man kann sehen, dass alleine dadurch, dass alle beobachten können, wie der Verbrauch ist, kann man ablesen, dass dadurch schon ein anderes Verhalten zutage tritt und jetzt schon eine 20-%ige Reduktion des Verbrauches messbar wird. Das heißt, jedes Amt, jede Abteilung im Haus, aber auch die vorgelagerten Betriebe und Gesellschaften hätten die Möglichkeit, auf dieses Programm zurückzugreifen, muss aber natürlich dazu sagen, dass auch solche Maßnahmen im eigenen Eckwert, wenn jetzt wirklich

Querschnittsmaterie ist, auch vorzusehen sind und dass es nicht alleine durch ein Ressort bestreitbar sein wird. Aber ich wollte einfach nur dieses positive Beispiel heranziehen, das ist ausbaufähig und alle dazu einladen, sich das näher anzusehen. Ein zweiter Bereich, weil eben von Zahlen und Daten die Rede war, um eine Grundlage zu haben, um den reduzierten Verbrauch oder Maßnahmen und ihre Wirkung zu messen, brauchen wir brauchbare Grunddaten. Jetzt hat meine Kollegin Christina Jahn schon in der letzten Periode eingebracht mehrere Anfragen zum Thema Energiebuchhaltung, wir haben Gebäude in der Stadt, bei denen die Energiebuchhaltung stattfindet, dort haben wir brauchbares Datenmaterial. Aber das betrifft eben noch nicht alle Gebäude, das heißt auch hier, wenn dann alle die zuständig sind für die diversen Gebäude inklusive GBG, dass die Energiebuchhaltung als Maßnahme, die auf Landesebene inzwischen ja auch beschlossene Sache ist, übertragen wird auf alle Gebäude, dann haben wir auch Datenmaterial, von dem aus wir wirklich messen können, ob Erfolg erzielt wird beziehungsweise wo ganz dringend anzusetzen ist. Das heißt, auch hier ein Auftrag an alle, den wir uns gerne natürlich verstärkt annehmen in unserem Ressort, in den Ressorts, die zuständig sind, auch die Kollegin Eva-Maria Fluch wird, denke ich mir, auch etwas dazu sagen oder auch nicht, aber ich denke, da gibt es ganz klar, auch in den Regierungsvereinbarungen eine vereinbarte Kooperation in diese Richtung und deswegen werden wir diesem Antrag in dieser jetzt vorliegenden Form natürlich gerne zustimmen und freuen uns auf gute Zusammenarbeit und bessere Daten in Zukunft in dieser Stadt (*Applaus Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zum Inhalt, insbesondere zum Punkt 3), weil die Frau Vizebürgermeisterin das bereits angesprochen hat in den Bereich Baudirektion etwas vorstoßen, in den Bereich der Planung und doch anmerken zum Inhalt, dass die Baudirektion schon seit längerer Zeit Konzepte erarbeitet hat, die auf kommunaler Ebene bei Neu- und Erweiterungsbauvorhaben der Stadt Graz das Ausarbeiten beziehungsweise den Einsatz von nachhaltigen Energiekonzepten und Energieformen gewährleistet sowie die Verwendung von ökologischen Materialien fördert. Also das gibt es bereits, diese Konzepte sind bereits erarbeitet und sind

auch in Anwendung. Weiters ist es sicherlich interessant, dass auch bei Planungsvorhaben, bei Wettbewerbsverfahren für städtische Bauvorhaben werden seit langem energetische und ökologische Kriterien focusiert, also angewandt und bewertet. Ein Beispiel, das ich anführen darf, hier geht es zum Beispiel um die Bodenneuversiegelung und aktive und passive Solarenergienutzung. Also bereits in der Planungsphase, und das erscheint mir sehr wichtig, werden diese Kriterien angesetzt. Das heißt, es ist bereits vorgesehen, ganz konkret vorgesehen und beabsichtigt und auch in Umsetzung, dass in einer sehr frühen, und das scheint mir wichtig, in einer sehr frühen Projektphase bei noch großen Planungsunsicherheiten, bei noch großer Planungsunschärfe vertretbare Bewertungs- und Messmethoden ökologischer Planungsangaben, das ist mir sehr wichtig, zu installieren sind. Also, bereits die Planungsvoraussetzung oder der Auftraggeber im Fall der Stadtbaudirektion gibt solche Kriterien vor. Ebenso erfolgte und wird auch in Zukunft die Einbindung unabhängiger Expertinnen und Experten zum Thema Energieeffizienz und erneuerbarer Energieträger in dieser Jury, die ja hier bewertet, erfolgen. So wurde in jüngster Vergangenheit, und das scheint mir sehr wichtig, auch darauf hinzuweisen, mit dem Umweltamt bereits angesprochen, aber auch mit dem Landesenergieverein, aber auch der Grazer Energieagentur usw. diversen Fachplanern verstärkt Beurteilungskriterien kommuniziert (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) und bezughabende Planungsvorgaben ausgearbeitet. Ich möchte vielleicht auch als Vorsitzender des Umweltausschusses gemeinsam mit dem Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung durchaus vielleicht in einer der nächsten Sitzungen die Stadtbaudirektion, den Herrn Stadtbaudirektor einladen, uns zu berichten, inwieweit er diese Konzepte ausgearbeitet wurden beziehungsweise in welcher Bearbeitungsphase diese Konzepte stehen beziehungsweise in welcher Umsetzungsphase diese Konzepte bereits angewandt wurden. Ich möchte vielleicht auch darauf hinweisen, dass es natürlicherweise begrüßenswert wäre und da mache ich die Brücke zum Land Steiermark, dass es allgemeine Energie- und ökologische Vorgaben hinsichtlich der Planung sehr zweckmäßig wäre auch für die Stadt Graz. Ich darf nur noch erinnern, dass bereits das Bundesland Vorarlberg ein entsprechendes Pflichtenheft herausgegeben hat, wonach wir insbesondere bei der Planung von Gebäuden, aber auch beim Umbau, bei der Sanierung, energetische und ökologische Optimierungsmaßnahmen setzen könnten. Ich glaube, das wäre wichtig und ich möchte durchaus vielleicht anregen, in

den nächsten Ausschüssen darüber durch die Stadtbaudirektion berichten zu lassen.  
Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper**: Kurz und bündig, wir bedanken uns für die freundlichen Worte, weil wir dies als Arbeitsmethodik sehen. Nachdem wir gesehen haben, der Punkt ist im Koalitionsübereinkommen vorhanden, dass wir eine Konkretisierung vornehmen und weil wir auch wissen, und die Vizebürgermeisterin Lisa Rücker hat es ja bestätigt und der Georg Topf auch, dass ja sowohl im Umweltamt als auch in den Bauämtern Vorarbeiten passiert sind und Vorarbeiten gelaufen sind und vorrätige Arbeiten getätigt wurden. Ich glaube, wir alle wissen, es gibt ein Bundesland, das beispielhaft ist, die Vorarlberger, der Kriterienkatalog ist beispielhaft, der ja sozusagen als Anlassfall genommen wird für die Vorarbeiten auch in unseren Ämtern und wie du richtigerweise bestätigt hast, der Landesenergieverein und der neue Baudirektor, Dipl.-Ing. Tropper, sind bereit und sind derzeit in Vorbereitung der Arbeit, einen entsprechenden steirischen Kriterienkatalog zu machen und dem dann ein Grazer Kriterienkatalog folgen möge. In dem Sinne bedanke ich mich herzlich für die Zusammenarbeit. Danke (*Applaus SPÖ*).

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

#### **5) Petition an den Bundesrat und an den Bundespräsidenten – Volksabstimmung über den EU-Vertrag von Lissabon**

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Prozess der Ratifizierung des neuen EU-Vertrages in Österreich ist noch nicht abgeschlossen. Nach dem Nationalrat muss sich auch der Bundesrat mit diesem Vertrag befassen.

Der Bundespräsident hat darüber hinaus eine genaue Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des Zustandekommens des Beschlusses versprochen.

In den letzten Monaten hat sich eine breite Bewegung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen für eine Volksabstimmung über den EU-Vertrag gebildet.

Das ist nur zu verständlich: Wesentliche Kritikpunkte, wie eine Verpflichtung zur Aufrüstung, die Einführung einer „Verteidigungsagentur“ zur Ankurbelung der Aufrüstung, eine militärische Beistandsverpflichtung oder die Sicherstellung eines „Binnenmarktes mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb“ und damit auch die Unterordnung der öffentlichen Daseinsvorsorge unter die Interessen eines gewinnorientierten Marktes, sind auch weiterhin Teil des neuen EU-Reformvertrages oder beigefügter Protokolle. So wird auch der EURATOM-Vertrag einzementiert, dessen Ziel „die Entwicklung einer mächtigen Atomindustrie“ ist, das ist die Selbstdefinition.

Die Inhalte des EU-Reformvertrages haben wesentliche Auswirkungen auf unsere Neutralität und die Lebensbedingungen der Menschen unseres Landes. Auch die Gemeinden sind davon betroffen. Deshalb haben sich in den vergangenen Wochen zahlreiche Gemeinden in oft einstimmigen Beschlüssen für eine Volksabstimmung ausgesprochen so zum Beispiel Freistadt mit einem ÖVP-Bürgermeister, Leonding mit einem SPÖ-Bürgermeister. Auch Abweichungen vom Mainstream der Parteilinie sind erlaubt, ich erinnere die SPÖ an Dipl.-Ing. Haider von der SPÖ Oberösterreich, der sich da die ganze Sache anders vorstellt, auch der Wiener Akademikerverband der ÖVP fordert eine Volksabstimmung. Es gibt auch Verfassungsjuristen, die die Notwendigkeit einer Volksabstimmung sehr wohl sehen, ein anderes Argument der Befürworter ist auch das der europaweiten Volksabstimmung, das ist ein Scheinargument, dazu müsste man viele nationale Verfassungen in der EU ändern. Die große Angst vor dem Volk ist nicht verständlich, ganz sicher wären die EU-Befürworter wie 1994 mit einer millionenteuren Kampagne aus Steuergeldern über die österreichische Bevölkerung hergezogen. Es besteht aber scheinbar zu wenig Vertrauen in die eigenen Argumente. Neben den verfassungsjuristischen Gründen gibt es auch politische. Es ist ein Fall politischer Selbstverständlichkeit oder auch Hygiene, wenn über 70 % der Bevölkerung dagegen sind, eine Volksabstimmung würde das Vertrauen in staatliche Instanzen oder auch in die EU, die ihnen so wichtig ist, uns weniger, stärken. Hier geht es aber nicht um die EU, sondern um eine Verfassung, die man verbessern könnte. Wenn die Politiker schon versagen, braucht

es eben den Entscheid des Volkes. Miese Verfassungsentwürfe gehören so lange abgelehnt, bis sie der Bevölkerung erträglich oder passend scheinen.

Daher komme ich zu unserem

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Angesichts der grundsätzlichen und weit reichenden Bedeutung des EU-Vertrages unterstützt der Gemeinderat von Graz die Forderung nach einer Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon und fordert den Bundesrat sowie den Herrn Bundespräsidenten auf, diese demokratische Willensbildung der Bevölkerung zu ermöglichen. Danke (*Applaus KPÖ*).

*Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 15.40 Uhr den Vorsitz.*

### **6) EU-Reformvertrag - Volksabstimmung**

GR. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorausschicken, unser Dringlichkeitsantrag deckt sich in weiten Bereichen mit dem des Kollegen der KPÖ. Dennoch ist es uns ein Anliegen, hier auch diesen Dringlichkeitsantrag einzubringen. Im Nationalrat vom 9. April, also gestern, wurde die Ratifikation des Vertrages zur Änderung des Vertrages über die Europäische Union und des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, kurz Vertrag von Lissabon, beschlossen. Derselbe bringt eine tiefgreifende Veränderung der österreichischen Verfassungsrealität mit sich.

Dieser Reformvertrag entspricht unserer Ansicht nach nicht den Interessen der österreichischen und europäischen Bürger, mehrheitlich zumindest, und er unterscheidet sich in seiner Substanz nur unwesentlich von dem in Frankreich und

den Niederlanden gescheiterten Vertrag über eine Verfassung vom 29. Oktober 2004. Gegenständliches Vertragswerk beinhaltet nach wie vor die Festschreibung eines neoliberalen Wirtschaftsmodells. Daraus ergeben sich auch für die Gemeinden, insbesondere und konkret auch für die Stadt Graz, entsprechende Auswirkungen. Diverse wirtschaftliche Vorgaben sind durchaus dazu geeignet, die in der Verfassung verankerten Rechte der Gemeinden zu unterlaufen. Insbesondere geht der vorliegende Vertrag endgültig den Schritt zum Bundesstaat Europäische Union.

Die Stellung des Ausschusses der Regionen, also das Sprachrohr der Regionen und Kommunen auf EU-Ebene, wird zwar im EU-Reformvertrag formal aufgewertet, dennoch wurde selbiger nicht als EU-Organ anerkannt. Es kommt ihm durch den Reformvertrag lediglich ein Klagerecht am Europäischen Gerichtshof zu.

Unterschiedliche Meinungsumfragen in der letzten Zeit ergaben, dass sich über 80 % der befragten Österreicherinnen und Österreicher nicht ausreichend über den EU-Reformvertrag informiert fühlen beziehungsweise angeben, hier nicht ausreichend informiert worden zu sein und sich zusätzlich auch einen längeren Zeitraum zur Entscheidungsfindung wünschen. Ebenso viele Österreicherinnen und Österreicher sprechen sich ganz klar für eine Volksabstimmung aus.

Darüber hinaus haben auch namhafte österreichische Experten, wie zum Beispiel Univ.-Prof. Dr. Hans Klecatsky, immerhin Justizminister a.D., sowie der Vorsitzende des parlamentarischen Grundrechtekonvents, Univ.-Prof. Dr. Adrian Holländer in verschiedenen Stellungnahmen auf die Notwendigkeit einer Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag ausgesprochen.

Zur Ratifikation eines europäischen Grundlagenvertrages von gegenständlicher Dimension muss, unserer Ansicht nach, eine österreichweite Volksabstimmung durchgeführt werden.

Da nun durch einen Großteil der Parlamentsparteien im Nationalrat mit gestrigem Tage die Ratifikation des EU-Reformvertrages beschlossen wurde und eine Stellungnahme der zweitgrößten Stadt Österreichs notwendig erscheint, stelle ich im Sinne des obigen Motivenberichtes namens des Gemeinderatsklubs der freiheitlichen Partei folgenden

**d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Bürgermeister der Stadt Graz wird ersucht, nach Prüfung sämtlicher rechtlicher Möglichkeiten, namens des Gemeinderates der Stadt Graz geeignete Schritte über den Bundesrat und über den Bundespräsidenten einzuleiten, um seitens der Stadt Graz das Ersuchen nach der Durchführung einer österreichweiten Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag zu deponieren. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Schönegger** zur Dringlichkeit: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerne hätte ich, wie im Übrigen schon am 15. November 2007, wo wir dieses Thema schon hatten, inhaltlich zum EU-Reformvertrag debattiert. Faktum ist jedoch, dass gestern eine breite, sogar eine Verfassungsmehrheit im österreichischen Parlament diesen Vertrag, wie von den beiden Antragstellern ohnehin richtig erkannt, bereits ratifiziert wurde, daher mache ich es kurz, wir lehnen, die ÖVP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit dieser beiden Anträge ab, weil eine Volksabstimmung in diesem Fall nicht mehr notwendig ist, weil diese auch vom Nationalrat beschlossen werden müsste und der Nationalrat hat mit Verfassungsmehrheit etwas anderes beschlossen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat! Dieser Eiertanz, den jetzt mein Vorredner von der Volkspartei aufgeführt hat, dass der Nationalrat gestern etwas beschlossen habe und daher darf man keine Volksabstimmung mehr darüber einfordern, ist nicht nur inhaltlich vollkommen falsch, sondern auch, wenn ich populistisch sein würde, ein einzigartiger Schwachsinn. Denn wie alle wissen geht der gestrige Ratifizierungsvertrag den Weg des Bundesrates und auch den Weg des Bundespräsidenten. Und daher sind beide Anträge, sowohl der Antrag der KPÖ als auch der Antrag der Freiheitlichen vollkommen richtig, da der Adressat dieser Resolution eine Person ist, die es wahrscheinlich als Letzte in der Hand hat, diesen Ratifizierungsmechanismus, dieses Durchpeitschen mehrerer Parteien im österreichischen Nationalrat endlich und letztgültig zu verhindern. Denn das, was sich gestern im Nationalrat der Republik Österreich abgespielt hat, war eine Schande

für die Demokratie und absolut letztklassig. Artikel 1 der Österreichischen Bundesverfassung schreibt nicht umsonst, und auf diese sind wir stolz, fest, Österreich ist eine demokratische Republik, ihr Recht geht vom Volk aus.

*Zwischenruf unverständlich.*

GR. **Grosz:** Na, es freut mich ja, dass das du auch weißt, aber dann frage ich mich, warum du genau gegen diese Bundesverfassung stimmst und dass die Bevölkerung in diesem Land entrechtet wird bei einer wesentlich Frage, nämlich den Ratifizierungsverträgen von Lissabon.

*Zwischenruf unverständlich.*

GR. **Grosz:** Kollege, wollen Sie mir was über Aufpassen erklären oder was? Hätten wir dann auch erledigt, aber es ist und bleibt Faktum, dass der Ratifizierungsvertrag ein einschneidendes europäisches Gesetz de facto ist, das sich über unsere nationale Gesetzgebung stellt und in wesentliche Bereiche unserer Verfassung eingreift. Und jetzt gibt es in diesem Gemeinderat durchaus unterschiedliche Ansichten, Sie sehen, ich habe eine durchaus kritische Ansicht zur Europäischen Union, die Freiheitlichen haben auch eine kritische Ansicht zur Europäischen Union, auch die Grünen, und das haben gestern auch alle Wortmeldungen, die vorgezeigt wurden, eine sehr kritische Ansicht zur Europäischen Union. Die Einzigen, die meinen, Europa hurra, hupf in Gatsch, ist die Österreichische Volkspartei, verkaufen wir den Rest und machen wir aus Österreich einen kleinen Filialbetrieb der Europäischen Kommission samt ihrem Sumpf und ihrer Korruption. Was ich damit ausdrücken will, es gibt mehrere Fraktionen in diesem Gemeinderat, die mehr oder weniger für oder gegen kritisch oder positiv zur Europäischen Union stehen und auch

zu den Verträgen von Lissabon. Aber das, was uns einen sollte, ist unser Respekt vor den Menschen unseres Landes, dass wir sie als Mandatare unseres Landes selbstverständlich einbinden, wenn es darum geht, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden werden soll. Ich habe eine Achtung vor der Demokratie, heute ist soviel von Menschenrechten auch diskutiert worden, wir verurteilen durch einen einstimmigen Beschluss des Gemeinderates Menschenrechtsverbrechen in China, wir verurteilen ein Regime, das nicht auf Demokratie aufbaut und selbst sind wir nicht einmal in der Lage, einfachste demokratische Instrumente anzuwenden, wenn es um die Zukunft unseres Landes geht. Und der dringliche Antrag der KPÖ, aber auch der Antrag der Freiheitlichen umfasst sehr sachlich die Kritik, die die Menschen vor unsere Tür am Hauptplatz noch viel volkstümlicher argumentieren könnten und zwar 80 % der Menschen. Die Kritik beider Parteien und beider Anträge ist sachlich und bei beiden Anträgen ist der Wille spürbar, jetzt nicht gegeneinander aufzuhetzen pro oder kontra Europäische Union, sondern nein, schlichtweg die Demokratie in Österreich einzufordern. Und wenn hier auch in diesem Raum Gemeinderäte der Meinung sind, dass dieser Vertrag von Lissabon ja überhaupt Gottes Segen auf all unseren Wegen ist und das Schlaraffenland in Österreich bedeutet, na gut, dann werden wir es auch den Leuten auf der Straße, an den Wirtshaustischen, wo auch immer erklären können und werden sie auch dazu bringen, dass sie für diese Verträge sind, wenn das alles so gut ist. Nur einfach herzugehen, wie es jetzt passiert ist, in einem Verfahren, in einem Schnellzugsverfahren, innerhalb von zwei Monaten diesen Vertrag durchzupfeitschen, diese Bundesregierung selbst eingestehen musste, dass sie die Bevölkerung nicht objektiv informiert hat, ansonsten ja nicht um teures Steuergeld eine Außenministerin jeden Tag in den Medien inserieren muss, wollen Sie denn nicht meine Information haben, holen Sie sie doch, rufen Sie mich doch an, wenn der Informationsgrad der Bevölkerung so hoch wäre. Ich bin der Meinung, nicht nur ich bin der Meinung, sondern es ist eine demokratiepolitische Verpflichtung, dass auch die Stadt Graz als zweitgrößte Stadt unseres Landes alles daran setzt, dass der Verfassungsvertrag von Lissabon durch einen Volksentscheid abgestimmt werden soll. Das ist wesentlich, das stärkt auch wesentlich das Gefühl, und da spreche ich durchaus auch in Ihrem Interesse, sehr geehrte Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei. Das würde auch das Interesse der Menschen an der EU vielleicht auch im Positiven verstärken. Denn dass die Europäische Union ein Projekt ist, das den Frieden in Europa gebracht hat,

ist uns allen klar. Aber es ist uns auch klar, dass Europa, die Europäische Union, wie sie sich heute darstellt, vielleicht in den Köpfen mancher angekommen ist, aber in den Herzen sicher nicht. Und wenn wir der Meinung sind, dass wir als politisch Verantwortliche auch weiterhin über die eigene Bevölkerung in wesentlichen Fragen drüberfahren, dann werden wir auch nie die Herzen der Menschen für dieses Projekt Europa erreichen und daher bitte ich Sie alle hier im Gemeinderat, die BZÖ-Fraktion wird beiden Anträgen selbstverständlich zustimmen, im Gegensatz offensichtlich ja zu anderen parteipolitischem Geplänkel, wenn was vom BZÖ kommt, dürfen wir nicht zustimmen, weil sonst verbrennen wir uns ja die Finger, nein, uns geht es um die Sache. Selbstverständlich werden wir auch dem kommunistischen Antrag zustimmen, weil er gut und richtig ist und laden auch Sie alle ein, unabhängig von Ihrer Haltung zur Europäischen Union auch zu den Verfassungsverträgen von Lissabon hier dieser Resolution, diesem Auftrag an den Herrn Bundespräsidenten Ihre Zustimmung zu erteilen. Ich danke.

GR. **Herper:** Natürlich hätte ich es mir leicht machen können, indem ich den Entschließungsantrag von gestern aus dem Parlament der Herrn Cap, Schüssel und der Dame Glawischnig-Piesczek, die ja die Zustimmung bekommen haben mit 178 Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen im Parlament, zum Anlass nehmen können zu sagen, that's it. Aber so einfach ist das nicht. Wir nehmen die kritischen Stimmen, die es gibt, nämlich ob das nun aus der kritischen Öffentlichkeit, alternativen Öffentlichkeit kommt, aus Gewerkschaftsbereichen kommt, aus Bürgerbereichen schon sehr ernst, denn offensichtlich ist, dass der Vertrag von Lissabon zu wenig öffentlich kommuniziert wurde, der Vorwurf ist der Regierung und den verantwortlichen Stellen, die dafür Sorge zu tragen haben, nicht zu ersparen. Dass es so etwas gibt wie einen relativ hohen Pegel an kritischer Substanz gegenüber EU-Gremien und EU-Entscheidungen und EU-Substanzen, das liegt einerseits an der Währungsfrage, ist der Euro, bringt er uns den Teuro, also eine gefühlte Ernüchterung nach der Volksabstimmung 1994 und den Beitritt zur EU...

***Zwischenruf GR. Grosz: Die Ederer hast vergessen.***

GR. **Herper:** Ich sage, es gibt kritische Momente, wo man sagt, das bürokratische Gesicht der EU, die vielleicht zu schnelle Erweiterung auf 27, die mangelnde Vertiefung, das sind alles Fragen, die die Bevölkerung berechtigterweise debattieren will, debattiert, nicht nur am Wirtshaustisch, sondern im Freundeskreis oder in Fachgremien usw. und das ist durchaus festzuhalten. Diese kritische Stimmung gibt es und sie ist sehr heterogen von links außen bis rechts außen. Festzuhalten ist aber, und ich zitiere den engsten Verfassungs- und Rechtsberater des Herrn Bundespräsidenten, Ludwig Adamovic, in seinem Gutachten, der zu folgender Schlussfolgerung nach allem Abwägen aller Rechts- und Verfassungsbegründungen und –erwiderungen gekommen ist. Weder die Flexibilitätsklausel noch die behauptete bundesstaatliche Zuständigkeitsordnung enthalten wesentliche Neuerungen gegenüber der bestehenden Vertragslage, hält er fest, zu der Behauptung, die Europäische Union werde durch den Reformvertrag zu einem Bundesstaat umgewandelt, ist zusätzlich zu bemerken, dass eine solche Interpretation im absoluten Widerspruch zur Intention mehrerer Vertragsparteien, ich erinnere nur an die Vereinigten Königreiche oder an skandinavischen Staaten, die ihr dezidiertes Veto eingelegt haben, stünde. Adamovic kommt dann zur Schlussfolgerung, dass der EU-Reformvertrag, so wie er gestern im Parlament mit klarer, deutlicher Mehrheit beschlossen wurde, aus den selben Gründen keine Gesamtänderung der Bundesverfassung darstellt, aus dem der nicht zustande gekommene Verfassungsvertrag nicht als Gesamtänderung der Bundesverfassung zu qualifizieren ist. Damit ergibt sich, dass es keine verpflichtende Volksabstimmung gibt. Es hätte die Möglichkeit gegeben, ja, aber eine Verpflichtung lässt sich daraus nicht ableiten. Ich gebe selbst zu, ich habe mich auch nur sehr oberflächlich eingearbeitet, es möge jede und jeder aufstehen, der den Reformvertrag durchgehend durchgepaukt hat, ihn vortragen kann, ihn erklären kann, ihn darstellen zu vermögen vermag. Ich sage nur, das ist der Missstand, dass ich mir gewünscht hätte, dass es mehr Information, mehr Transparenz, mehr Kommunikation gegeben hätte im Vorfeld. Dies ist aber auch im Nachher noch einzuholen und nachzubringen. Ich halte nur fest, was für mich essentiell ist als gestandenen, nicht nur Grazer,

Europäer, Österreicher, es ist klar, dass es in Zukunft eine europäische Bürgerinitiativemöglichkeit geben wird, dass es einen sozialen Grundrechtskatalog geben wird, den es bislang nicht gegeben hat, da unterscheiden wir uns deutlich von Amerika und den asiatischen Staaten, dass auch mehr Transparenz, ich würde mir wünschen noch mehr Transparenz, gibt, dass es so etwas gibt wie eine Transparenz der Entscheidungen im Rat und nicht nur Übertragung via Medien. Ich würde mir vorstellen, dass endlich auch das soziale Europa, wie es seit de Loire auf der Tagesordnung steht, endlich in die Verwirklichung tritt und nicht nur eine schriftliche Festhaltung im Vertrag von Lissabon findet, nämlich sowohl die Fragen der sozialen Gerechtigkeit als auch jene der Gleichstellung von Männern und Frauen, der Solidarität zwischen den Generationen und dem Schutzrecht der Kinder. Dass es so etwas gibt, da bin ich sehr froh, dass zumindest jetzt die Sozialpartner trotz aller kritischen Einwendungen der beiden Präsidenten darauf hingewiesen haben, dass es so etwas gibt wie die soziale Querschnittsklausel in Zukunft, ich glaube, das ist wesentlich festzuhalten auch für einen sozialen Wohlfahrtsstaat, an dessen Erhalt und Weiterführung wir zu arbeiten haben und dass es so etwas gibt wie eine Stärkung des, natürlich Europa, europäischen Parlaments. Das halte ich für eine ganz klare, deutliche Klärung, weil wir standen mit dem europäischen Parlament bei 1848, nicht einmal dort gescheit. Und jetzt sind wir auf der gleichen Augenhöhe mit dem Rat, was den EU-Haushalt betrifft und das ist schon wesentlich, wenn ich an den Agraranteil denke. Also es gibt dann in Zukunft eine klare Kompetenzaufteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten und vor allem geht es auch um eine Rechtsgrundlage, das wird vor allem die Grüne Fraktion im Besonderen freuen, deswegen hat ja gestern die Grüne Fraktion im Parlament trotz aller kritischen Einwendungen zugestimmt. Eine Rechtsgrundlage für den Klimaschutz und eine Rechtsgrundlage für eine europäische Energiepolitik, um nicht den Energielieferanten, ich denke die Gasdiskussion ist ja auf der Tagesordnung, ausgeliefert zu sein und, was ja natürlich Gewerkschafter besonders interessiert und Gewerkschafterinnen, das ist das Bekenntnis zu den öffentlichen Dienstleistungen. Diese Bestimmungen sind verstärkt worden und nicht abgeschwächt worden, das ist für uns auch wichtig, wenn es in Zukunft um Fragen geht wie Privatisierung, Veräußerungen etc, etc. Das heißt, die Zuständigkeit und die Eigenständigkeit Österreichs ist nicht abgeschafft, vor allem nicht in den Fragen der EU-Finanz, Außen-, Sicherheitspolitik, der strategischen Leitlinie für den Bereich innere

Sicherheit für Umweltmaßnahmen, Wasserressourcen, Wahl des Energieträgers, Aufnahme neuer Mitglieder, da sind wir nach wie vor, geht nichts über unseren Willen und der österreichischen Bevölkerung, damit das auch klargestellt ist. Die Neutralität bleibt erhalten, so wie wir es gewünscht, so wie wir es wollen, so wie wir es haben wollen, nämlich keine Teilnahme an Kriegen, keine Teilnahme am Militärbündnis, keine Stationierung fremder Truppen auf unserem Territorium. Der Vertrag von Lissabon enthält auch keine militärische Beistandsverpflichtung, was wir tun im Solidaritätsfall, was wir tun bei Umweltkatastrophen, was wir tun, tun wir freiwillig und nach eingehender politischer Debatte und Mehrheitsabstimmung im Parlament und auf der Grundlage der UN-Bestimmungen. Wir sind auch nicht genötigt, einer Einführung einer neuen EU-Steuer zuzustimmen oder dass wir immer mehr Geld an die EU abzuliefern hätten, da verändert sich nichts, wir haben auch keinen Zwang zu Atomenergie, um das auch noch einmal festzuhalten falls dieser Verdacht aufkommen könnte, dass wir uns in Zukunft gezwungen werden, gegen unseren Willen der Atomenergie zuzuordnen und wir haben, was auch ganz wichtig ist, klar festzuhalten, die konkrete Ausformung der EU ist die konkrete Ausformung der Machtverhältnisse in der EU selber durch Wahl ins Europaparlament und die konkrete Ausformung der EU ist die konkrete politische Ausformung auf nationaler Ebene und ihr Spiegelbild sind die nationalen Parlamente. Alles andere ist ein Übergeben von Instanzen und Vermutungen, die nicht stimmen. In diesem Sinne appelliert die sozialdemokratische Partei an die Vernunft, sich in den Vertrag selbst noch einlesen zu wollen und hier einem entsprechenden Vertrag, der doch Bürger- und Grundrechte und Sozialrechte in der EU stärkt, erweitert, die Zustimmung zu geben. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Fabisch**: Meine Damen und Herren! In 14 Tagen ist die Abstimmung im Bundesrat, der Bundesrat kann nein sagen und kann auch mit Dreiviertelmehrheit laut Artikel 44 B-VG Abs. 3 auch eine Volksabstimmung beschließen. Lieber Karl-Heinz, Euratom wird durch diesen Vertrag gefüttert, mich wundert, dass da zum Beispiel die Grüne Fraktion im Nationalrat mitgegangen ist. Ich wundere mich überhaupt über das Abstimmungsverhalten gewisser Parteien. Steigende Militärausgaben sind in diesem Vertrag vorgeschrieben, das ist Verfassung, wer sich dagegen wendet, wird

Verfassungsgegner, so schaut es aus. Mich wundert dieses Abstimmungsverhalten, auf das Karl-Heinz sehr stolz ist. Eines ist klar, steigende Militärausgaben und Privatisierungsdruck und das kommt, das ist jetzt Verfassung, fördern selbstverständlich Ellbogengesellschaft und Sozialabbau, das muss auch klar sein. Alle Mandatare auf allen Ebenen, die sich der EU in dieser Form unterwerfen, ob es jetzt auf nationale-, auf Landtags- oder auf kommunaler Ebene ist, machen sich mitschuldig an dieser negativen Entwicklung (*Applaus KPÖ*).

GR. **Sippel:** Geschätzte Damen und Herren! Ich persönlich finde es wirklich bedauerlich und schade, dass die Stadt Graz es nicht der Mühe wert hält und es nicht für nötig hält, ein Sprachrohr für all jene zu sein, die in den letzten Tagen und Wochen vehement sich eingesetzt haben für eine Volksabstimmung, auf die Straße gegangen sind und ich möchte sagen, ich war auch letzte Woche in Wien mit dabei und es war schon einzigartig, was sich hier abgespielt hat, ich glaube auch Bundeskanzler Gusenbauer und Vizekanzler Molterer haben sich das nicht gedacht, in welcher Emotionalität diese Debatte schlussendlich stattfindet und die Bürger haben ein Gespür dafür, dass sie nämlich ein wesentliches Instrument der Demokratie, der direkten Demokratie, nämlich eine Teilnahme einer Volksabstimmung eben nicht gewährt bekommen und es ist leider für uns jetzt auch nicht möglich, den Grazern und Grazerinnen mitzuteilen im Namen der Stadt, dass sie sehr wohl die Möglichkeit erhalten sollten, über die Zukunft unseres Landes, unserer Stadt mitzuentcheiden. Ich möchte mich an dieser Stelle, aber auch bei all denjenigen bedanken, die unseren Dringlichkeitsantrag mittragen und unterstützen werden und ich garantiere Ihnen eines, wir Freiheitliche werden mit Sicherheit weiterkämpfen in dieser Sache und wir stehen auch aktuell, wir setzen nicht nur Initiativen hier im Gemeinderat, wir stehen auch aktuell gerade mit einem großen Bürgerstand in der Herrengasse und teilen den Menschen mit, was die Vertreter von Schwarz, Rot und Grün gestern im Nationalrat und auch heute hier, was sie hier mit den Rechten aufführen. Und wir Freiheitliche werden mit Sicherheit nicht so schnell Ruhe geben, wir kämpfen mit Sicherheit, und das garantiere ich Ihnen, bis zum Schluss. Danke (*Applaus FPÖ*).

*Die Dringlichkeit des Antrages von GR. Mag. Fabisch wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Die Dringlichkeit des Antrages von GR. Sippel wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Vorsitzende erklärt, die dringlichen Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**7) Basisfinanzierung des Interkulturellen mehrsprachigen Kindergartens /  
Petition an die Steiermärkische Landesregierung**

GRin. Mag.a **Taberhofer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag.a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Interkulturelle mehrsprachige Kindergarten feierte letztes Jahr sein 15-jähriges Bestehen. Jetzt ist er in einer äußerst prekären Situation. Kürzungen finanzieller Mittel beziehungsweise Veränderungen der Auszahlungsmodalitäten von Förderungen haben nicht nur zu rigorosen Einsparungsmaßnahmen geführt, sondern auch dazu, dass er über keinerlei Reserven mehr verfügt. Trotz Personalreduktion und Arbeitszeitkürzung fehlen für dieses Jahr über 70.000 Euro, um den laufenden Betrieb überhaupt weiterführen zu können. Eine Unterstützung ist dringend erforderlich, denn ohne eine entsprechende Basisfinanzierung ist der Fortbestand des Kindergartens nicht mehr zu gewährleisten.

Der Interkulturelle mehrsprachige Kindergarten leistet wichtige Arbeit in unserer Stadt und hat darüber hinaus auch Modellcharakter für das Land. Er ist nicht nur als Bildungseinrichtung zu sehen, sondern auch als interkulturelles, kulturpolitisches Sozial- und Bildungsprojekt. Im Vordergrund der Arbeit steht die kulturelle und sprachliche Vielfalt. So besuchen 50% Kinder mit deutscher und 50% Kinder mit nicht deutscher Erstsprache beziehungsweise zwei Familiensprachen diese Einrichtung. Einen besonderen Stellenwert hat vor allem auch die begleitende und integrative Sprachförderung für Kinder, die Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache haben. Ergänzend dazu wird nach Möglichkeit auch eine muttersprachliche Begleitung von Kindern mit nicht deutscher Erstsprache angeboten. Die Verbindung

von Spiel, Spaß und Bildung im interkulturellen Kontext sind ein Beispiel für praktizierte Integrationsarbeit. Der Weiterbestand dieser gesellschaftspolitisch wichtigen Arbeit muss gesichert werden.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

### **dringlichen Antrag:**

Die Stadt Graz fordert im Petitionsweg die Steiermärkische Landesregierung auf, eine Basisfinanzierung für den Interkulturellen mehrsprachigen Kindergarten zu prüfen und zu beschließen (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Potzinger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Frau Antragstellerin, meine Damen und Herren! Die ÖVP-Fraktion wird der Dringlichkeit und dem Antrag selbstverständlich zustimmen. Herr Bürgermeister hat heute schon klare Worte gefunden. Es ist uns ganz wichtig, gerade dieses Vorzeigeprojekt gut abzusichern, ich durfte mich mehrfach persönlich davon überzeugen auch von der Einzigartigkeit dieses Projektes. Für die, die es nicht so kennen, es sind dort auch Migrantinnen/Migranten als Pädagogen, als BetreuerInnen und die gute Durchmischung bei den Kindern 50/50, es klappt wirklich hervorragend und es ist uns allen ein Anliegen, dass die Absicherung gut gelingt. Ich möchte bei der Gelegenheit nur noch daran erinnern, in der letzten Gemeinderatsfunktionsperiode hat Herr Bürgermeister Nagl tief in seinen Säckel gegriffen, um den Kindergarten abzusichern, nachdem die ressortzuständige Stadträtin nicht bereit war, die Mittel aufzubringen. Bei der ÖVP-Fraktion ist dieser Kindergarten sicher auch gut aufgehoben, wie selbstverständlich bei der Frau Kollegin und Antragstellerin, daher Zustimmung zur Dringlichkeit und zum Antrag (*Applaus ÖVP*).

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Interkulturelle mehrsprachige Kindergarten in der Schützgasse ist mit Sicherheit eine Institution, die als solche gute Arbeit leistet, das ist, denke ich, unbestritten. In Anbetracht aber der Tatsache, dass im Großraum Graz und in der Stadt Graz ein Mangel an Kinderbetreuungsplätzen herrscht und man auch im Österreichschnitt, was die Versorgung mit Kindergartenplätzen betrifft, eher im unteren Bereich rangiert, veranlasst uns Freiheitliche hier zu einer ganz klaren Prioritätensetzung. Für uns zählen mehr jene Aspekte, wo es um die adäquate Bewegungsförderung geht in Form von adäquaten Kinderspielplätzen, wo es um den Ausbau des Angebots von Tagesmüttern geht, wo es um die Initiativen zu einer einheitlichen Vorbereitung auf die Schule in allen Kinderbetreuungseinrichtungen geht und ich möchte aufzeigen, dass in unserer Stadt auch diese Einrichtungen gute Integrationsarbeit leisten. Erst wenn wir in der Versorgungsdichte mit Kinderbetreuungsplätzen jene Werte erreicht haben, wie das in den Vorzeigeländern diesbezüglich, nämlich in Skandinavien und Frankreich, der Fall ist, dann können wir daran gehen, uns den Kopf zu zerbrechen und über die Förderung von interkulturellen Modellprojekten, wie es jener Kindergarten hier auch ist, nachdenken. Aus diesem Grund wird die freiheitliche Fraktion die Dringlichkeit und den Antrag nicht unterstützten (*Applaus FPÖ*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.15 Uhr den Vorsitz.***

GRin. **Meißlitzer**: Nachdem ich heute schon diese Frage bezüglich der Kindergartenmillion an den Stadtrat gestellt habe, möchte ich noch einmal darauf hinweisen und ich widerspreche Ihnen, die Stadt Graz ist mit Kinderbetreuungsplätze nicht irgendwo unten angesiedelt, sondern sehr, sehr gut unterwegs und ich denke mir, jeder einzelne Betreuungsplatz ist so viel wert in der Stadt Graz, dass wir um jeden einzelnen Betreuungsplatz uns bemühen sollten (*Applaus SPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

GRin. **Meißlitzer** zum Antrag: Nachdem wir ja diesem Antrag auch als dringlich zugestimmt habe, hätten wir namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs gerne einen Zusatzantrag eingebracht und zwar lautet dieser Zusatzantrag: Um eine gesicherte Basisfinanzierung für die zukünftige Arbeit des Interkulturellen Kindergartens zu gewährleisten, werden Herr Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg als zuständiger Referent für Kindergärten in der Stadt und Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl als Integrationsreferent aufgefordert, mit dem zuständigen Gemeindereferenten Hermann Schützenhöfer und mit Frau Landesrätin Dr. Bettina Vollath Kontakt aufzunehmen, um die Finanzierungsmöglichkeiten prüfen zu lassen. Damit soll eine langfristige Sicherheit des Bestandes finanziell gesichert und beschlossen werden (*Applaus SPÖ*).

Mag.a **Taberhofer**: Es zeichnet sich eine Mehrheit ab, die dieser Petition an die Landesregierung zustimmt, darüber bin ich sehr froh. Das Wichtigste ist, dass wir gemeinsam verstärkt versuchen, da auch finanzielle Mittel zu finden, um den Interkulturellen mehrsprachigen Kindergarten damit zu unterstützen und da sage ich eben danke (*Applaus KPÖ*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.***

***Der Zusatzantrag von GRin. Meißlitzer wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

**8) Zweckbindung der Mittel aus der Steiermärkischen Wohnbauförderung /  
Petition an den Steiermärkischen Landtag**

GR. **Wippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Wippel**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Stadtregierung! Mehr als drei Milliarden Euro wurden seit Beginn der 1990er Jahre aus dem Wohnbaubudget des Landes Steiermark entnommen. Durch kurzsichtige Verkäufe von Wohnbaudarlehen an Banken wurden Budgetlöcher gestopft, was ganz sicher nicht der Verwendungszweck von Geldern ist, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern jeden Monat unter dem eigentlich recht unmissverständlichen Titel „Wohnbauförderungsbeitrag“ abgezogen werden.

Allein 2007 bediente sich der Finanzlandesrat mit 111 Millionen Euro aus diesen Wohnbauförderungsmitteln, die für die Errichtung und Sanierung von Wohnraum verwendet werden sollten.

Gab es in den Neunzigerjahren noch Förderungsprogramme von bis zu 2000 Wohneinheiten, so liegen wir derzeit nur noch bei 1400 Wohnungen. Dem gegenüber stehen jedoch Prognosen, die insbesondere in Städten wie Graz einen großen Bedarf an Neubauwohnungen sehen.

Der frei finanzierte Wohnbau bleibt für die Mehrheit der Mieterinnen und Mieter unerschwinglich. Immer mehr Menschen sind auf den geförderten Wohnbau angewiesen. Allein in den letzten fünf Jahren stiegen die Mieten doppelt so stark wie die Löhne, Belastungen von bis zu 50% und mehr des Haushaltseinkommens für das Wohnen sind keine Seltenheit mehr. Trotzdem wird weiter ungeniert in den Wohnbautopf gegriffen, seit 2006 wurden sage und schreibe 389 Millionen Euro der Wohnbauförderung entnommen. Mittel, die dem sozialen Wohnbau fehlen. Bei durchschnittlichen Kosten von 111.000 Euro pro Sozialwohnung sind das 3500 Wohnungen, die zwar mehr als dringend gebraucht werden, aber nun nicht mehr gebaut werden können. In einer Pressekonferenz Anfang des Jahres wies der Obmann des Österreichischen Verbandes gemeinnütziger Wohnbauvereinigungen, Karl Wurm, darauf hin, dass in der Steiermark in den nächsten fünf Jahren der soziale Wohnbau aus Mitteln der Wohnbauförderung nicht mehr finanziert werden kann.

Um dieser fatalen Fehlentwicklung, an deren Ende eine soziale Zeitbombe tickt, wirksam entgegenzutreten, ist es dringend notwendig, dem ungenierten Zugriff auf Gelder der Wohnbauförderung Einhalt zu gebieten. Die Zweckbindung der Wohnbaufördermittel ist ein Gebot der Stunde.

Deshalb stelle ich namens der Gemeinderatsfraktion der KPÖ folgenden

### **dringlichen Antrag:**

Die Stadt Graz fordert im Petitionswege den Steiermärkischen Landtag auf, die Zweckbindung der Mittel aus der Steiermärkischen Wohnbauförderung zu beschließen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Benedik** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Vorab, im Prinzip ist der dringliche Antrag mit der Petition an den Landtag höchste Eisenbahn und wird auch von uns Freiheitlichen unterstützt. Es stellt sich aber die Frage, was hat die KPÖ in den letzten zehn Jahren gemacht? Und die letzten zweieinhalb bis fünf Jahre, wo Ernest Kaltenegger im Landtag und Frau Elke Kahr im Stadtrat sitzen? Leider ist dadurch die Wohnbauförderungspolitik des Landes auch nicht besser geworden beziehungsweise hat sich in der Stadt nichts bewegt, was wir Freiheitliche sehr bedauern. Unser damaliger Landesrat Schmid hat damals bei der Umstellung der Wohnbauförderung bereits davor gewarnt, dass der Wohnbauförderung viele Millionen Schilling zur Stopfung von Budgetlöchern entnommen wurde. Gleichzeitig haben wir Freiheitliche immer darauf gedrängt, dass zwischen den Förderungen für Objekte und den Subjektförderungen unbedingt eine Trennung stattfinden muss. Zwischen den Objektförderungen, die einen bedeutenden Geldrückfluss brachten und somit den Fördertopf wieder gespeist haben und den Subjektförderungen, wie die Wohnbauhilfe, die in den letzten Jahren auf Grund der enormen Finanzbelastungen der steirischen Familien immer stärker in Anspruch genommen wurden. Und daher budgetmäßig immer stärkeren

Zuschussbedarf hatten. Sehr geehrte Damen und Herren! Die Zeitbombe tickt nicht mehr, sondern die ist bereits explodiert. Die Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel ist aus meiner Sicht eine falsche Formulierung, zwar gut gemeint, aber für die Wohnbauförderungen müssen auch vom Land Steiermark direkt Budgetmittel aufgebracht werden und nicht nur von den Bundesmitteln und den Rückflüssen. Die Subjektförderungsmaßnahmen müssen aus dem Landesbudget abgedeckt werden, nicht zuletzt deshalb, weil im Sachprogramm Wohnen bis zum Jahre 2010 die Errichtung von etwa 10.000 Wohnungen seit 1997 beschlossen wurde. Dieses Ziel ist bei weitem nicht erreicht. Aber nicht nur durch die zögerlich fließenden Mittel des Landes, sondern auch der verfehlten Grundstückspolitik der Stadt Graz, die dem kommunalen Wohnbau kaum mehr Grundstücke zur Verfügung gestellt hat. Dieser dringliche Antrag müsste viel mehr neben der Petition an den Landtag auch einen Gemeinderatsantrag beinhalten, indem Mittel von Seiten der Stadt für den kommunalen Wohnbau, wie zum Beispiel die Planung und Infrastruktur, auch eine Bereitstellung von ausreichenden Grundstücksflächen zur Erreichung des Zieles bereitgestellt werden müssen. Das von unserem damaligen Stadtrat Spielberger initiierte Projekt leistbares Wohnen zur Schaffung von günstigen Wohnraum muss eine Fortsetzung finden, ansonsten müsste sich die Stadt Graz von der sozialen Aufgabe verabschieden, denn dann gibt es keine Wohnungen mehr für Grazer Familien beziehungsweise auch keine Integrationswohnungen für Flüchtlinge. Dieses soziale Desaster muss jedenfalls abgewendet werden und deswegen stimmen wir dem dringlichen Antrag der KPÖ zu mit den Anmerkungen, die ich in meiner Wortmeldung dargelegt habe. Zum Schluss gebe ich noch zu bedenken, vielleicht könnte man Mittel für das ehrgeizige Projekt einer Architekturhauptstadt Graz für die Förderung des kommunalen Wohnbaus umschichten, denn mit einem Wohnbau der absolut kein architektonischer Eintopf sein darf, kann man vortrefflich Stadt gestalten. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Bauer**: Ich darf seitens meiner Fraktion festhalten, dass der Wohnbau und die Zukunft des Wohnbaues ein wesentlicher Bestandteil in unserem politischen Leben hat und durch diesen Antrag durchaus auch Bedeutung erfährt. Wir wollen diese Bedeutung auch unterstützen. Es ist uns aber auch wichtig festzuhalten, dass

der Rückflusersatz aus den Förderungsverkäufen durch die Beschlüsse und Zusagen der Landesregierung und des Landtages gesichert erscheint. Aber nichtsdestotrotz, um auch die Bedeutung zu unterstreichen, stimmen wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zu (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Spath**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Die Frau Stadträtin hat es heute schon erwähnt. Wir sind angewiesen in der Stadt auf die Fördermittel vom Land, und in den letzten fünf Jahren ist es doch des öfteren passiert, dass wir diese Fördermittel in Anspruch genommen haben für Sanierungen, für Neubauten, für Wohnbau, die Wohnbauförderung ist einfach ein wichtiger Bestandteil in unseren Budgetsachen, eben auch für den Wohnbau. Aber nicht nur die Zweckbindung der Wohnbaufördermittel ist eine Notwendigkeit, auch darüber hinaus ist es notwendig, zusätzliche Mittel aus dem Landesbudget ebenfalls zur Verfügung zu stellen, um auch in Zukunft die Errichtung und Sanierung von Wohnraum gewährleisten zu können auch hier in der Stadt Graz. Daher stimmt meine Fraktion der Dringlichkeit als auch dem Antrag zu (*Applaus Teile KPÖ und ÖVP*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

StRin. **Kahr** zum Antrag: Ich möchte nicht sehr ausführlich darauf antworten, weil ich sehr froh bin, dass dieser Dringlichkeitsantrag hier von allen Parteien im Rathaus angenommen wird. Der Antrag ist nicht zufällig als Dringlichkeitsantrag gestellt, weil es höchst an der Zeit ist, dass der Gemeinderat und alle Parteien hier im Haus die Notwendigkeit von leistbarem Wohnraum auch sehen und auch beschließen. Ich möchte nur erinnern, ich mache es der Frau Gemeinderätin Benedik überhaupt nicht zum Vorwurf, Sie waren in den letzten zehn Jahren auch nicht hier im Gemeinderat und können vielleicht dadurch auch nicht wissen, dass die KPÖ nicht für den Wohnbau seit zehn Jahren zuständig ist, sondern seit den letzten fünf Jahren und seit mein Kollege Ernst Kaltenegger, jetzt im Landtag vertreten, und ich dann später

dieses Ressort übernommen haben, haben wir fast in jeder Budgetrede, in allen Gemeinderatssitzungen immer wieder darauf aufmerksam gemacht und auch mit Anträgen, dass es natürlich auch eine entsprechende Grundstücksvorsorge braucht. Aber auch die Liegenschaftsabteilung war nicht in unserem Ressort. Ich glaube, so viel wissen Sie, dass das sozusagen dann nicht in unserer Zuständigkeit liegt, dass wir das auch umsetzen können, das ist die eine Sache. Gleichzeitig brauchen wir natürlich auch die entsprechenden Wohnbauförderkontingente und die Wohnbaufördermittel vom Land, wenn die aber nicht da sind, wie schon mein Kollege Gemeinderat Wippel erwähnt, dann werden wir, auch wenn wir, wie vor der Wahl von einigen Parteien gesagt worden, wir brauchen 1000 Wohnungen, manche haben noch höher gepokert, dann werden wir das nicht erreichen können. Deshalb ist dieser Antrag so wichtig und meine Kollegen im Landtag haben das auch ebenfalls in einem Dringlichkeitsantrag formuliert und auch der zuständige Landesrat Seitinger sieht darin einen dringenden Handlungsbedarf. Es geht nicht nur um die Zweckbindung, sondern selbstverständlich geht es auch darum, mehr Mittel für die Wohnbauförderung zu lukrieren. Bleibt mir hier nur noch zu sagen, dass ich mich bedanke dafür und ich hoffe, dass es nicht so, wie in der letzten Gemeinderatsperiode, war, wo zum Beispiel, und verzeihen Sie mir, dass ich da auch sage, die FPÖ keinen einzigen Antrag oder Anfrage zum Thema Wohnen in diesen fünf Jahren gestellt hat (*Applaus KPÖ*).

GR. **Wippel**: Ich danke für die breite Zustimmung (*Applaus KPÖ*).

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

**9) Änderung der Zusammensetzung beziehungsweise Zielsetzung des Menschenrechtsbeirates der Stadt Graz**

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf die Frau Stadträtin Kahr beruhigen, meine Fraktion wird im Wohnbau einige Anträge in dieser Legislaturperiode einbringen und auch einige Initiativen setzen. Denn gerade der Wohnbau ist ja auch ein zentrales Problem, wo Menschenrechte versagt werden. Und die Menschenrechte der Stadt Graz haben heute, sind der Hauptinhalt unseres dringlichen Antrages, weil uns die Menschenrechte und die Einhaltung der Menschenrechte ein vorrangiges Ziel sind. Wir haben heute, und ich habe schon vorher geschildert, so viel über die Menschenrechte in China, auch in Österreich, wo man die Demokratie de facto abschafft, indem man Menschen nicht gestattet, über die EU-Verfassung abzustimmen, wir haben so viel über die Menschenrechte gesprochen und auch der Wahlkampf, die letzten vier Monate war ja von dem Thema Menschenrechte geprägt.

Der Artikel 17 der Menschenrechtserklärung legt fest, dass jeder das Recht hat auf Eigentum. Gerade dieser Menschenrechtsartikel 17 wurde zumindest im Jahr 2007 70 Mal in unserer Stadt täglich geschändet. 70 Straftaten im Jahr 2007 am Tag, 70 angezeigte Straftaten waren ein Fußtritt gegen die Menschenrechte, gegen den Artikel 17. Von einem Menschenrechtsbeirat, den die Stadt seit April 2007 hat, war diesbezüglich nichts zu hören.

Der Artikel 23 der Menschenrechtskonvention legt fest, dass jeder Mensch das Recht auf Arbeit hat. Jeder Mensch hat in den Menschenrechtserklärungen der Vereinten Nation ein Recht auf einen sicheren Arbeitsplatz. 33.000 Menschen, die unter der Armutsgrenze leiden, 13.000 Menschen, die arbeitslos sind, wird gerade dieses Recht, dieses wesentliche Menschenrecht versagt.

Der Artikel 25 der Menschenrechtserklärung, die Ihnen offensichtlich nicht bekannt sein dürfte, den ansonsten hätten Sie ja genügend Zeit zu schwätzen, zu essen, zu trinken...

***Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Gerald, du liest die falsche Rede gerade.***

GR. **Grosz:** Nein, ich probiere einmal, wie lange es eigentlich dem Gemeinderat auffällt, bis ich nicht mehr spreche.

***Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Gar nicht.***

GR. **Grosz:** Schauen wir einmal, jetzt sind Sie wieder sehr aufmerksam, na gratuliere, den ersten Lehrgang damit gelehrt, dann können wir wenigsten uns den Menschenrechten wieder widmen. Offensichtlich dürften Ihnen die Menschenrechte ja nicht am Herzen liegen, sonst würden Sie wenigstens ein Grundverständnis auch erbringen, sich dieses Themas anzunehmen. Artikel 25 der Menschenrechtserklärung, und da bin ich stehen geblieben, legt fest, dass jeder das Recht auf einen Lebensstandard hat, auf eine soziale Sicherheit. 13.000 Menschen, die arbeitslos sind, 33.000 Menschen, die an der Armutsgrenze und unter der Armutsgrenze leben, wird dieses Recht versagt.

Der Artikel 26 der Menschenrechtserklärung besagt, dass jeder Mensch das Recht auf Bildung hat. Jetzt erklären mir vielleicht die gaukelnden Gemeinderäte, die ihre humorvollen Einlagen von der letzten bis zur ersten Bank machen, in einem kurzen Satz, wie das Recht auf Bildung in Klassen mit Integrationsanteilen bis zu 95 Prozent möglich ist. Dieses Menschenrecht wird den Grazerinnen und Grazern versagt und das geschieht in einer Menschenrechtsstadt, die von sich selbst behauptet, die Menschenrechte zu achten, die Artikel einzuhalten und sich aus diesem Grund auch einen Menschenrechtsbeirat gegeben hat. Von diesem Menschenrechtsbeirat habe ich zu den wesentlichen Brüchen innerhalb unserer Gesellschaft seit seiner Konstituierung im April 2007 zu den von mir vorgebrachten Themen keinen einzigen Satz gehört. Sogenannte Personen, wie ein Professor Benedek, von dem es keine einzige Äußerung gibt, dass wir in Graz unter einer hohen Arbeitslosigkeit zu leiden haben, Arbeit aber ein Menschenrecht ist. Ein Menschenrechtsbeirat, der sich zwar Stunden- und monatelang darüber unterhält, wie man in die Demokratie eingreifen kann und Parteien verbieten sollte, ein Menschenrechtsbeirat, der sich als parteipolitischer Handlanger vorspielt und aufspielt, aber in den wesentlichsten Bereichen der Gesellschaft schweigt. In den Bereichen der Sicherheit, in den Bereichen der Armut, in den Bereichen, dass wir in Graz die traurige Realität haben, dass wir 1000 Menschen kein Dach über den Kopf bieten können und eigentlich

1000 Wohnungen im sozialen Wohnbau brauchen. Über das wird geschwiegen. Aber über was sehr laut gesprochen wurde sind, und was uns allen noch in Erinnerung ist, sind Aufrufe des Menschenrechtsbeirates, demokratisch gewählten Kandidaten von Parteien das zugesprochene Mandat abzuerkennen. Vielleicht wissen die wenigsten, dass die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen unter Artikel 21 festlegt, dass das Recht an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheit eines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitzuwirken, jedem Mensch ein Recht ist. Der Menschenrechtsbeirat bricht und brach, dieser Menschenrechtsbeirat in seiner Zusammensetzung, einen wesentlichen Artikel. Oder Menschenrechtsbeirat hat auch mit seinen Äußerungen den Artikel 19 gebrochen. Der Artikel 19 legt fest, dass jeder das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung hat, dieses Recht schließt die Freiheit ein, sich Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten. Gerade die gezielten Vorwürfe und Vorverurteilungen des Menschenrechtsbeirates gegenüber Personen, Kandidaten und Funktionären wahlwerbender Parteien hatten gerade diesen Bruch des Artikels 19 zur Folge. Und selbst einer der wesentlichsten Artikel der Menschenrechtserklärung, der Artikel 7, der die Diskriminierung festlegt, selbst der war nicht davor gefeit, dass ihn der Menschenrechtsbeirat einzigartig gebrochen hat. Der Artikel legt fest, dass alle Menschen den gleichen Anspruch und Schutz auf Diskriminierung haben und auf Schutz gegen jede Maßnahmen, die gegen diese Erklärung verstößt, dass jeder den Schutz gegen jede Art von Aufhetzung hat, dass jeder den Schutz gegenüber Verdächtigungen hat. Aber gerade der Menschenrechtsbeirat selbst war es, der mit seiner Verdächtigung den Artikel 7 gebrochen hat, indem er wahlwerbenden Parteien unterstellt hätte, an der verachtenswerten Schändung des islamischen Friedhofes beteiligt gewesen zu sein. Und das, was ich heute auch hier vorbringe, ist... schön eigentlich, die Menschenrechte scheinen ein wesentliches Thema dieses Gemeinderates zu sein. Das, was ich heute vorbringen will, ist, dass wir einen Menschenrechtsbeirat haben, der zwar bei jeder Gelegenheit parteipolitische Äußerungen gibt, selbst Menschenrechte bricht, aber bei den wesentlichsten Fragen der Menschenrechte der Grazerinnen und Grazer schweigt und das ist tatsächlich eine Schande für eine Stadt der Menschenrechte, wie es Graz ist und wie sich Graz Gott sei Dank nennen darf. Wir wollen einen Menschenrechtsbeirat haben, der es ich tatsächlich auf die

Wahrung der uns garantierten Rechte besinnt und diese auch verteidigt. Die bisherige Zusammensetzung des Menschenrechtsbeirates, und das muss man ja ehrlicherweise sagen, spricht ja auch Bände für sich und hatte auch zur Folge, dass der Menschenrechtsbeirat sich als bessere Sektion der Sozialdemokratie oder einer anderen Partei gerierte...

***Zwischenruf GR. Herper: Nur keine Unterstellungen.***

GR. **Grosz:** ...aber in den wesentlichsten Fragen, wo es tatsächlich um Brüche der Menschenrechte gegangen ist, geschwiegen hat. Nicht zuletzt auch deswegen, weil die Zusammensetzung von Parteifunktionären und Mandataren nur so strotzt. Unser Zugang ist, dass wir zur Wahrung der Menschenrechte der Grazerinnen und Grazer auch, und vor allem, Experten haben wollen, die einen objektiven Blick für die Angelegenheiten der Menschenrechte der Grazerinnen und Grazer haben. Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte in der Resolution 217 A, Kapitel III der Vereinten Nationen vom 10.12.1948, und in dem Jahr feiern wir, und es wurde auch heute schon gesagt, der 60. Geburtstag dieser Erklärung soll daher wieder Grundlage auch der Arbeit dieses Menschenrechtsbeirates sein. Wir brauchen einen Menschenrechtsbeirat, der parteienabhängig, überparteilich, auf Basis von Experten die Einhaltung der Menschenrechte auch im Hinblick auf die Politik, die in dieser Stadt gemacht wird, überwacht. Unsoziale Politik gehört genauso angeprangert wie eine menschenverachtende Politik, das ist wesentlich, das ist notwendig, wenn wir einen Menschenrechtsbeirat haben, dann soll er sich auch den Themen widmen einer überbordeten Arbeitslosigkeit, dann soll er sich auch dem Menschenrecht jener widmen, die in Graz ihr Leben auf Grund der Drogenkriminalität lassen sollen, müssen. Dann soll sich auch der Menschenrechtsbeirat jenen widmen, jenen 70 Personen am Tag widmen, die in Graz Opfer von Straftaten werden, dann soll der Menschenrechtsbeirat auch sein Auge auf jene legen, die hier in der Stadt leben, die hier in der Stadt arbeiten, die hier in der Stadt ein Bestandteil der Gesellschaft sind. Selbstverständlich ist der Minderheitenschutz ein wesentlicher Bestandteil, aber der Minderheitenschutz kann nicht dazu führen, dass man Mehrheiten zu negieren beginnt und in diesem Zusammenhang, und daher komme ich auch zum Ende,

zumal das ja erst der erste Antrag von fünf dringlichen Anträgen ist, die wir heute einbringen dürfen, in diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte Grosz und Schröck folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

„Die Ziel- und Zusammensetzung des Menschenrechtsbeirates der Stadt Graz wird wie folgt geändert:

Dem Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz gehören sieben Mitglieder an, deren Unabhängigkeit durch eben diesen Beschluss garantiert ist. Die Grazer Gemeinderatsparteien entsenden zusätzlich jeweils einen ihrer Vertreter, der im Beirat jedoch nur ein Anhörungs- beziehungsweise Rederecht, aber kein Stimmrecht ausübt.

Der Menschenrechtsbeirat überprüft die Tätigkeiten des Magistrates Graz, des Gemeinderates der Stadt Graz sowie der Mitglieder des Grazer Stadtsenates nach dem Gesichtspunkt der Wahrung der Menschenrechte, entfaltet darüber hinaus eine inhaltlich-konzeptive Arbeit und erstattet auf Grundlage dieser Arbeit dem Gemeinderat der Stadt Graz Verbesserungsvorschläge und einen jährlichen Bericht.

Die Volkshilfe Steiermark, die Diözese Graz-Seckau, die Diakonie und das Grazer Stadtpolizeikommando werden eingeladen, ein stimmberechtigtes Mitglied auf die Dauer von fünf Jahren in diesen Beirat zu entsenden.

Desweiteren entsendet der Gemeinderat der Stadt Graz durch einen Beschluss des Gemeinderates jeweils einen Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin des Sozialamtes sowie einen Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin des Bürgermeisteramtes der Stadt Graz.

Den Vorsitz dieses Beirates soll ein Verfassungsexperte führen. Der Bürgermeister der Stadt Graz wird aufgefordert, diesbezüglich mit Herrn Univ.-

Prof. Dr. Klaus Gerhart Wielinger und Herrn Univ.-Prof. Dr. Klaus Pojer in Kontakt zu treten.

Die Zielsetzung des Menschenrechtsbeirates basiert auf der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in der Resolution 217 A, Kapitel III der Vereinten Nationen vom 10.12.1948 und wird im Zusammenhang auch soziale sowie gesellschaftliche Aspekte des Zusammenlebens innerhalb der Landeshauptstadt Graz zum Ziel haben.“

Ich danke.

***Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Könnt ihr einen eigenen Klub machen?***

GR. **Sippel** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es verwundert nicht, wenn ich hier sage, dass der Menschenrechtsbeirat von Anfang an für uns Freiheitliche ein rotes oder grünes oder schwarzes Tuch war. Mir bleibt nur abermals festzuhalten, und diese Diktion verwenden wir auch bewusst, dass es sich hierbei um Pseudotugendwächter handelt und um ein zensierendes Gutmenschengremium (*Applaus FPÖ*). Alleine, und das muss man sich einmal vorstellen, alleine die Aufforderung, politische Inhalte vor deren Drucklegung einer Begutachtung zu unterziehen, widerspricht eindeutig dem verfassungsrechtlichen Verbot einer Vorzensur. Ungeheuerlich bleibt aber auch die Forderung und die Empfehlung, der FPÖ die Förderungen zu kürzen, dass muss als gezielter Zerstörungsversuch einer demokratisch gewählten Partei angesehen werden. Es bleibt nur ausdrücklich zu hoffen, dass die im Gemeinderat vertretenen Fraktionen diesem Ansinnen nicht folgen werden. Man sollte sich auch ernsthaft die Frage stellen, was dem Image einer Menschenrechtsstadt mehr schadet, demokratisch gewählte Parteien, die zugegebenermaßen Missstände, das ist auch das gute Recht, ansprechen und Kontrolle ausüben oder eben ein, und ich möchte es bewusst so bezeichnen, Inquisitionsbeirat, der eine sehr, sehr eigentümliche Auslegung von Demokratie und Meinungsfreiheit vertritt. Es kann, und das möchte

ich hier sagen, durchaus als gute Innovation angesehen werden, wenn eine Stadt der Menschenrechte auch ein Gremium besitzt, das die Einhaltung der Menschenrechte beobachtet, doch muss, und das ist das Entscheidende darin, auch Objektivität herrschen. Das Ansinnen, diesbezüglich eben eine Änderung der Zusammensetzung beziehungsweise der Zielsetzung des Menschenrechtsbeirates der Stadt Graz vorzunehmen, ist aus unserer Sicht ein unterstützenswerter Ansatz und deshalb wird die FPÖ auch diesen Dringlichkeitsantrag unterstützen. Danke (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **10) Allgemeines Bettelverbot im Stadtgebiet von Graz**

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Liebe Mitglieder des Gemeinderates, liebe Zuseherinnen und Zuseher! Das was Sie vielleicht noch nicht wissen, ich bin ein großer Fan des sogenannten Filibusterns. Das Filibustern bedeutet für jene, die es nicht wissen, stundenlang zu reden, natürlich zum Thema zu reden ohne mögliche Ordnungsrufe und somit auch das demokratische Recht in Anspruch zu nehmen, solche Sitzungen hinauszuzögern. Das Zweite, was die wenigsten wissen, ich bin ein sehr hyperaktiver Mensch, hyperaktiv bedeutet...

***Zwischenruf GRin. Binder: Beides wissen wir.***

GR. **Grosz**: ...und offensichtlich sind ja Sie auch schon wieder ein wenig wach geworden, wie ich in den Rängen spüre, munter geworden, guten Morgen, und im zweiten Bereich auch durchaus ein hyperaktiver Mensch, Hyperaktivität bedeutet selbstverständlich auch, dass man auch für die nächste Gemeinderatssitzung bei sinkender Aufmerksamkeit selbstverständlich bereit ist, die Schlagzahl zu steigern und halt zehn Dringlichkeitsanträge einzubringen, glauben Sie mir, alles kein Problem.

*Zwischenruf GRin. Binder: Sie sind ein Gemeinderatssadist.*

GR. **Grosz**: Das Dritte, was ich Ihnen sagen wollte ist, dass die begnadete Rede der Frau nunmehrigen Klubobfrau Madeleine Petrovics aus den 90er-Jahren im Nationalrat mit 12 Stunden 42 Minuten mir immer ein großes Vorbild war. Also wir können uns jetzt eigentlich darauf einigen, dass entweder die Aufmerksamkeit wieder der Würde dieses Hauses entspricht, auch die Diskussion und die Kultur wieder in diese Richtung gehen oder wir spielen das Spiel auch nach meinen Regeln. Sehr geehrte Damen und Herren! Eingangs, und es geht eigentlich ja nicht um eine nicht vorhandene Diskussionskultur und es geht auch nicht darum, ob sich einige Fraktionen halt abgesprochen haben und gesagt haben, lassen wir den kleinen Grosz ein bisschen abstinken, tun wir ein bisschen tratschen, ein bisschen essen, er wird sich es sich vielleicht in sechs Monaten schon abgewöhnt haben, es geht ja nicht darum. Es geht um ein wesentliches Thema und es ist tatsächlich dringlich, weil wir jetzt wieder in die Sommermonate gehen, in die warme Jahreszeit gehen, wo wir Jahr für Jahr die gleiche Situation in Graz haben. Es geht um die Erscheinungen der organisierten Bettelkriminalität in Graz. Und daher bin ich auch so dankbar, dass gerade diese Erscheinungsform der organisierten Bettlerkriminalität auch in der vorhergegangenen Legislaturperiode zumindest von der Österreichischen Volkspartei und von der freiheitlichen Partei Österreichs richtig eingeschätzt worden ist. Ich bin

daher dankbar, dass auch inhaltlich in Form eines Antrages der ÖVP, aber auch unzähliger Anträge der freiheitlichen Partei gute inhaltliche Vorarbeit für eine Verordnung geleistet worden ist. Ich bin hellauf begeistert, wie ich in den Archiven dieser Stadt nach dem Abstauben derselbigen, einen wunderbaren, auch inhaltlich formulierten Antrag der Volkspartei in meinen Händen hielt der auszugsweise besagt: „Seit 1998 gibt es in Graz eine verstärkte Aufmerksamkeit für die Volksgruppe der Roma, die aus der Slowakei kommend bei uns bettelt. Oder des weiteren sagt: Und damit bin ich beim Grund unseres heutigen Antrags: Betteln stellt für die Volksgruppe der Roma eine Form der Arbeit dar. Betteln und der gleichzeitige Erhalt der sozialen Unterstützung des jeweiligen Landes (das gilt für die Slowakei, Ungarn und Serbien) führt aber zu einem höheren Monatseinkommen, als das Einkommen zweier durchschnittlich verdienender Mitbürgerinnen und Mitbürger. Oder: Damit wird wohl allen hier Anwesenden klar, dass Betteln zweifelsfrei eine verhältnismäßig gute Einnahmequelle darstellt. Oder: Daher kann eine erfolgreiche Veränderung nur durch Hilfe vor Ort, bei einem gleichzeitigen Verbot des Bettelns hier bei uns Wirkung zeigen. Für jene, die vielleicht jetzt durchschnittlich wieder aufgewacht sind, nein, das ist nicht der Antragstext des BZÖ, nein, hier handelt es sich um die Worte von Herrn Hofrat Klubobmann Piffel-Percevic von der Volkspartei, der in der ersten Reihe sitzt, nur um Missverständnisse aufzuklären. Nicht Copyright Gerald Grosz, ein tadelloser Antrag von Klubobmann Percevic. Ich zitiere weiter diesen Antrag, der qualitativ ist und auch sachlich gut argumentierbar ist: Es ist somit deutlich geworden, dass das Betteln der Roma als Arbeit gesehen wird, das bestätigt auch der Grazer Roma-Experte Dr. Halwachs. Oder, ich zitiere weiters Piffel-Percevic, einen Antrag der im Übrigen dann schlussendlich auch die Zustimmung der gesamten ÖVP-Fraktion gefunden hat: Es gibt unzweifelhaft deutliche Hinweise, dass das Betteln in Graz organisiert ist, hören Sie zu, welche wunderschönen Worte aus dem Mund des Herrn ÖVP-Clubobmannes. Das beginnt bei der gemeinsamen Fahrt, an welcher der Besitzer des Autos verdient. In Graz werden die Plätze eingeteilt. Es sitzen immer die gleichen Leute an der gleiche Stelle und werden zu exakten Zeiten abgelöst und das auch dann, wenn sie zwei Wochen pausieren und wiederkommen. Es geht weiter, Klubobmann Piffel-Percevic stellt fest: Es handelt sich offensichtlich und zweifelsfrei um organisiertes Betteln. Und daher brachte er dann, nein, wenn Sie jetzt glauben vor zehn Jahren oder vor 15 Jahren oder vor längerer Zeit, nein, er brachte am 21. 9. 2006, also nicht einmal die Zwei-Jahres-Frist erreicht, falls man annehmen möge, na

gut, ein Charakterbild, eine Gedankenwelt ändert sich ja über die Jahrzehnte, man denkt vielleicht heute ein wenig anders als vor 20 Jahren, nein, das ist zwei Jahre her, das ist frisch, das ist so frisch, dass ich es auch heute wieder einbringen werde. Es handelt sich um einen Antrag, um einen dringlichen Antrag, der zu Recht eingebracht worden ist, um in Graz ein Problem zu beheben, unter dem die Stadt Graz zu leiden hat. Ich möchte durchaus dabei betonen, dass mir die soziale Sicherheit wichtig ist, dass für mich auch soziale Sicherheit für jeden Menschen in dieser Stadt Graz ein Grundrecht sein soll. Dass selbstverständlich eine Gesellschaft wie Graz sich dazu bekennen muss, das soziale Netz immer dichter zu knüpfen, aber gleichzeitig man nicht hergehen kann und quasi aus dem Recht auf organisierte Bettelerei, auf organisierte Bettlerkriminalität eine eigene Wirtschaftskammerinnung zu machen. Auch dieser Vorschlag hat bereits Unterstützung ihres Koalitionspartners, Herr Bürgermeister, das heißt, es wird demnächst einen Antrag an Präsidenten Leitl geben, endlich eine Innung auf organisierte Bettlerkriminalität zu machen, vielleicht wollen Sie auch für die Bettler die Zwangsmitgliedschaft bei der Wirtschaftskammer auch noch einführen. Ich kann Ihnen da gute Ideen geben,... sicherlich reichen wird, bevor ich mir jetzt einen Ordnungsruf eingehandelt hätte. Aber es geht darum...

***Zwischenruf GR. Baumann: Das ist eine gute Idee. Nutzen Sie die Zeit, gute Vorschläge zu bringen.***

GR. **Grosz:** Kollege Gemeinderat, dessen Namen ich nicht weiß, hat offensichtlich ein unheimliches Bedürfnis ohnedies nach meinen Worten, und ich gebe es ihm selbstverständlich und deswegen werde ich auch weiterreden und auch zu dieser Thematik.

***Zwischenruf GR. Baumann: Wir wollen ja Ihre Ideen hören und nicht die von Piffl-Percevic.***

GR. **Grosz:** Dieser Antrag wurde auch zu Recht eingebracht, da wir in Graz, und da bin ich stehen geblieben, ein Problem haben und daher sage ich, die Leitlinie auch bei der Behandlung dieses Problems muss natürlich sein, das soziale Netz dieser Stadt für jene, die es wirklich brauchen, enger zu knüpfen, aber jenen auch zu zeigen, dass wir sie nicht in dieser Stadt haben wollen, die die soziale Gutgläubigkeit, die Nächstenliebe, die vorgegaukelte, hier in dieser Stadt ausnutzen wollen. Bereits am 17. 2., wenn ich bei vorgegaukeltem Erhaschen von Nächstenliebe bin, am 17. 2. 2006 deckte ein sehr seriöse Zeitung, und Sie kennen sie sicher noch alle, Graz im Bild, den Fall einer Bettlerin auf...

*Zwischenruf unverständlich.*

GR. **Grosz:** Es wird uns was einfallen, dass wir sie wieder einführen, brauchen Sie keine Angst haben. „Hallo Graz“ hat sich dafür bestens angeboten, wir werden sie selbstverständlich weiterführen...deckte den Fall einer Bettlerin auf, die für mich persönlich offensichtlich die größte Auferstehung nach Lazarus war. Eine auf den ersten Blick Hilfsbedürftige, die vor der Stadtpfarrkirche im Rollstuhl sitzt und eine halbe Stunde, nachdem ich an diesem Rollstuhl wieder vorbeigekommen bin, der Rollstuhl leer war und drinnen hineingelegt so wie das Grabtuch von Turin und der Auferstandene ist irgendwo, die offensichtlich Hilfsbedürftige war nicht mehr da, der Rollstuhl stand noch dort, aber sie kam drei Minuten später von der Würstelbude. Die offensichtlich eine Gehbehinderung vortäuschende Person, die das goldene Spenderherz der Österreicherinnen und Österreicher, der Grazerinnen und Grazer beinhart ausnützt und daraus einen Geschäftszweig gemacht hat. Daran haben wir auch folgerichtig, wie Bürgermeister Nagl im Übrigen auch, den ich für seine unzähligen Initiativen diesbezüglich danke, also da war er neben dem Bollwerk gegen die Türken war der Bürgermeister ja offensichtlich ein großer Kämpfer auch beim Bettelverbot, eines seiner Steckenpferde offensichtlich, aber das war einmal.

Bereits am 24. 3. forderten wir daher auch nach Vorbild anderer europäischer Städte ein Bettelverbot für Graz gegen jene Personengruppe, die offensichtlich organisiert hierher kommen, die Spendenfreudigkeit der Menschen ausnutzen und so nebenbei auch noch unser Stadtbild negativ prägen. Allein heute auf dem Weg hier in den Gemeinderatssitzungssaal um 13.00 Uhr war heute einmal mehr so ein Tag, wo ich es mir aussuchen konnte, wem ich in der Herrengasse begegne. Entweder 15 missionarischen Zeugen Jehovas, die mir erklären wollten, dass ich der katholischen Kirche noch heute absprechen soll, die mich zwangsmissionierten wollten, dann konnte ich es mir aussuchen zwischen 14 und 16 Bettlern, organisierten Bettlern, nicht wahren Hilfsbedürftigen, organisierten Bettlern, die mir sonst und vielen anderen noch den Weg verstellten, zwischendurch durfte ich noch an Unterschriftenaktionen über Gott und die halbe Welt teilnehmen und hin und wieder, heute war es zwar nicht der Fall, kann man noch irgendwelche Demonstrationen beobachten, wo halt ein paar Betschwestern davon getrieben werden sollen, die in der Hans-Sachs-Gasse für das Menschenrecht auf Leben eintreten. Das kann man sich in dieser Stadt ansehen.

***Zwischenruf GR. Baumann: Aber bei H&M hätten Sie auch einkaufen können.***

GR. **Grosz:** Folgerichtig, weil das heute der Fall ist, war es auch im Jahr 2006 so.

***Zwischenruf GR. Baumann: Das ist Freiheit.***

GR. **Grosz:** Und daher haben wir auch am 21. 7. 2006, weil wir auch gesehen haben...nein, für, jetzt könnt ihr zum Streiten anfangen, viel Spaß, Schwarz/Grün die erste Bruchlinie, der Streit über die Betschwestern. Da seid ihr euch einig? Also die

Betschwestern darf man vertreiben, aber die organisierten Bettler nicht, dann seid ihr euch eben nicht einig, solltet euch ein wenig abstimmen. Es war für uns der Fakt da, dass am 21. 7. 2006 wir auch Informationen bekommen haben, dass selbstverständlich die Form der Bettelei in Graz organisiert ist und dass Hintermänner hier auch ihr gutes Geld verdienen, nämlich jene, die hier bei Wind und Wetter draußen sitzen, ja eigentlich nur 10 bis 20 % dessen tatsächlich auch einstecken dürfen, was sie am Tag einnehmen und der Rest sich irgendwelche Hintermänner aufteilen. Daher brachten wir auch folgerichtig im Jahr 2006 eine entsprechende Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Graz ein. Weiters 2006, und Graz ist immerhin die zweitgrößte Stadt Österreichs und wir haben auch in Wien die gleichen Probleme, auch im Jahr 2006 wurden die Erscheinungsformen der organisierten Bettlerkriminalität in Graz immer stärker. Eine 20-jährige Rumänin wurde von der rumänischen Botschaft von fünf Personen brutal und trotz erheblicher Gegenwehr ihres Bruders und Vaters entführt und konnte erst nach einem großangelegten Polizeieinsatz wieder befreit werden. Hintergrund war, dass die noch Unmündige vor einigen Jahren von ihrer Familie an eine andere Roma-Familie, laut Polizei gewerbsmäßige Kriminelle in Deutschland, verkauft und in der Folge zum Stehlen und Betteln angehalten wurde. Und jetzt zitiere ich auch, das ist auch nicht Gerald Grosz, das ist Austria Presse Agentur von genau diesem Tag und auch entsprechende Berichte des ORF. Das ist nicht, Kollege Schönegger, OTS APA, nein das ist ein redaktioneller Bericht der Austria Presse Agentur. Und auch in Wien gab die Polizei im Jahr 2006 bekannt und auch zu, dass die Formen der Bettelei in Wien ähnliche wie in Graz sind und in Wien es sich durchaus um Formen der organisierten und gewerbsmäßigen Bettelkriminalität handelt. Folgerichtig haben wir auch wir damals gemeinsam mit vielen Mitstreitern eine Initiative gestartet, wo wir am 29. 8. 2006 eine Unterschriftenaktion gestartet haben und in wenigen Wochen, in drei Wochen, mehr als 10.000 Grazerinnen und Grazer dafür gewinnen konnten, mit uns gemeinsam einzutreten, dass wir endlich mit dieser Unsitte in unserer Innenstadt aufräumen. Am 19. 10. 2006 wurde das auch Bürgermeister Nagl übergeben und ich kann mich noch an den Tag erinnern, wo ich es Bürgermeister Nagl übergeben wollte, wie freudig er auch in Erwartung der Unterschriftenlisten war und mir zugesichert hat, dass es natürlich auch ein gemeinsames Projekt von uns sein wird, hier eine Lösung zu finden gegen die organisierte Bettelkriminalität und er ohnedies im Gemeinderat Initiativen einbringen wird. Wir haben weitere Anzeigen bei der

Staatsanwaltschaft diesbezüglich auch eingebracht, die aber mehr oder weniger im Sand verlaufen sind, weil es offensichtlich auch seitens der Staatsanwaltschaft Graz nicht geschätzt wurde und auch nicht deren Ziel war, hier für Aufklärung beizutragen, aber das, was uns dann dazu veranlasst hat, diesbezügliche Initiativen im Nationalrat zu ergreifen innerhalb von parlamentarischen Anfragen und warum ich es erwähne, ist auch deswegen, weil die Anfragebeantwortungen sehr aufschlussreich sind und auch Ihnen durchaus eine Hilfe bei Ihrem Abstimmungsverhalten geben sollen. Am 21.6.2007 bestätigte der Bundesminister für Inneres, im übrigen ÖVP-Bundesminister Platter, in einer parlamentarischen Anfrage, und ich zitiere: Die Erscheinungsform der Bettelei wird in Österreich in der Bundeshauptstadt Wien, in fast allen Landeshauptstädten und auch in Bezirksstädten der Bundesländer betrieben. Der Innenminister bestätigt die Formen der organisierte Bettlerkriminalität in Graz. Ich bringe deswegen auch das Beispiel auch der Stadtregierung der Schweizer Stadt Bern ins Treffen. Auch die Schweizer Stadt Bern hatte mit den gleichen Problemen zu kämpfen, wie es Graz zu kämpfen hat bis heute, hat das aber am 6.7.2007 recht schnell gelöst, indem sie die Bettelei in ihrem Stadtgebiet verboten haben und mit Strafen bis zu 5.000 Franken belegt haben. Was ich Ihnen damit sagen will ist, dass diese Formen ja keine Grazer Erfindung sind oder eine Wiener Erfindung sind, sondern offensichtlich eine Erscheinung in allen Metropolen. Das was ich Ihnen aber vorwerfe ist, dass wir in den letzten Jahren es nicht geschafft haben, diesen Erscheinungsformen Herr zu werden und ich werfe Ihnen deswegen vor, diesen Erscheinungsformen nicht Herr zu werden, nicht weil es den Gerald Grosz ärgert, nicht weil es vielleicht andere Grazer ärgert, nein, weil wir wissen, dass die organisierte Bettlerkriminalität ein Bestandteil des Kinderhandels, des Menschenhandels weltweit ist. Und jeder, der sich schützend hier vor diese organisierten Bettlerbanden stellt, diese Bettlerkriminalität weiterhin zulassen will, macht sich zum Mittäter des Kinder- und des Menschenhandels auch in Österreich. Ein diesbezüglicher Bericht, auch von unverdächtigter Quelle, der Vereinten Nationen des UNO-Kinderhilfswerkes, hat im Oktober 2007 im Rahmen des Kinderschutzberichtes festgestellt, dass 1,2 Millionen Kinder weltweit zu Opfern von Kinder- und Menschenhandel werden und dieser Bericht hat selbstverständlich auch ein Kapitel für Österreich gehabt. In diesem Artikel und diesem Kapitel für Österreich wurde festgestellt, dass die organisierte Bettlerkriminalität in Österreich insbesondere in den österreichischen Großstädten wie Wien und Graz als Basis dieses Kinder- und

Menschenhandels anzusehen ist. Und auch wenn sie jetzt noch immer lieber Ihre Zeitungen lesen und wenn Sie auch noch immer hier die Verachtung auch gegenüber unserem Antrag vorspielen wollen, ich bitte Sie, bei dieser Gelegenheit auch zu überlegen, dass gerade dieses Thema, das wir heute hier diskutieren wollen, ein wesentliches Thema auch zur Bekämpfung des Menschen- und des Kinderhandels in Österreich ist oder es scheint Ihnen vollkommen egal zu sein. Experten gehen daher davon aus, dass nur ein Bettelverbot auch diese Problematik behebt und ich bin der ehrlichen Überzeugung und auch der ehrlichen Meinung, dass wir dieses Bettelverbot auch in Graz, ein verfassungskonformes Bettelverbot, beschließen sollten. Ich lege es darauf an, dass wir selbstverständlich eine Regelung hier in Graz treffen müssen, die verfassungskonform ist, das Fürstenfelder Beispiel zeigt uns ja, was passiert, wenn eine Regelung beschlossen wird, die vorne und hinten hinkt und für die, die es nicht wissen, denen kann ich es auch sagen, warum die Fürstenfelder Regelung aufgehoben wurde, weil sie dreimal kundgetan wurde, obwohl nur ein Gemeinderatsbeschluss dafür vorliegt, das war der Grund, warum der Verfassungsgerichtshof diese Regelung heben konnte. Nicht wegen dem Inhalt, nicht wegen der Ungleichbehandlung, nein, wegen einem Formalfehler, den der Bürgermeister von Fürstenfeld Gutzwar nach einem gültigen Gemeinderatsschluss gemacht hat, indem er zwei ungültige, wie...

***Zwischenruf unverständlich.***

GR. **Grosz:** Was habe ich gesagt? Gemeinderatsschluss, ja wir sind eh bald beim Schluss, sehen Sie, Nomen ist Omen, ich denke ja schon an den Schluss, damit ich euch nicht zu sehr peinige mit meinen Reden (*Applaus GRin. Schloffer*). Endlich auch einmal Applaus der Kommunisten, ich hoffe, der Beschluss verbietet es Ihnen nicht, auch für BZÖler zu applaudieren, aber danke, dass Sie ihn gebrochen haben, diesen Cancan der selbst ernannten Menschenrechtskämpfer. Ich sage, natürlich muss es unser Bestreben sein, in Graz eine menschenrechtskonforme, eine verfassungskonforme Lösung zu finden. Und viele andere europäische Städte zeigen

es uns, viele deutsche Städte zeigen es uns, es zeigt uns das Beispiel Wien, das Beispiel des sozialdemokratisch geführten Wien, dass Maßnahmen gegen die Bettelkriminalität nicht gegen die Verfassung sind und durchaus funktionieren können. Warum haben wir diese Probleme in Wien nicht, warum hat Genosse Häupl der Sozialdemokratie richtigerweise schon vor Jahren geeignete Initiativen, Sonderkommission gegen Bettelkriminalität in der Wiener Innenstadt ergriffen? Viele Einzelbereiche, die heute Wien als die Bundeshauptstadt vor solchen Erscheinungsformen bestmöglich absichern. Und gerade das will ich. Wir wollen eine Verordnung, wir wollen eine Regelung haben, die verfassungsrechtlich funktioniert, die wir hier in Graz beschließen und mit der wir endlich die Unsitte der organisierten Bettelkriminalität Einhalt gebieten.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Bürgermeister der Stadt Graz wird aufgefordert, unter Zuziehung von Verfassungsexperten eine rechtskonforme Regelung zum Verbot der Bettelei im Stadtgebiet von Graz auszuarbeiten und diese bis zur ordentlichen Gemeinderatssitzung im Juni 2008 dem Gemeinderat der Stadt Graz zur Beschlussfassung vorzulegen. Ich danke Ihnen.

***Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 18.10 Uhr den Vorsitz.***

GR. **Sippel** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Anscheinend entwickelt sich das da zu einem wechselseitigen Dialog zwischen Freiheitlichen und BZÖ. Es ist schade, wir hätten auch ganz gerne andere Meinungen dazu gehört, aber ihr müsst es eh euren

Wählern auf der Straße erklären, warum ihr umgefallen seid mit dem Bettelverbot (*Applaus FPÖ und BZÖ*). Wir Freiheitliche stehen seit Jahren als Vorreiter für ein Bettelverbot in Graz und wir haben dazu auch in den vergangenen Jahren mehrere Anträge, seit 1998 hat das Ganze begonnen, da ist dieses Problem erstmals aufgetreten, mehrere Anträge von uns Freiheitlichen sind hierzu gestellt worden und Bürgerbefragungen und auch Unterschriftenaktionen haben immer wieder gezeigt, dass die Mehrheit der Grazer Bevölkerung sich ganz klar für ein Bettelverbot ausspricht. Eines muss man hier ganz klar sagen, in Österreich und in Graz muss niemand betteln, denn bei Vorliegen einer sozialen Notlage gibt es auch ein dementsprechendes soziales Netzwerk, das zur Verfügung steht und diese Menschen dementsprechend auch auffängt und keiner muss auf der Straße stehen oder sitzen und die Hand ausstrecken und betteln. Die sozialen Probleme dieser meist slowakischen Bettler sind nicht von der Stadt Graz und auch nicht von der Republik Österreich zu lösen, sondern nur von deren Heimatstaaten und ich erinnere, die Slowakei ist Mitglied der Europäischen Union und muss daher auch in ihrer Minderheitenpolitik ermahnt werden und zur Verantwortung ausdrücklich ermahnt werden. Es ist zwar begrüßenswert, wenn man im schwarz/grünen Koalitionspakt liest, dass sich Schwarz/Grün dafür einsetzt, den Betroffenen erhöhte Existenzmöglichkeiten vor Ort, nämlich im besagten Hostice, zu schaffen. Dieser Beitrag zur Hilfe, zur Selbsthilfe ist natürlich ganz in unserem Sinne, aber er ist zu wenig. Denn wir brauchen nur schauen in die Grazer Innenstadt, Betteln findet täglich statt, es ist provokant, in dieser Form anstößig und muss auch als image- und geschäftsschädigend bezeichnet werden. Diese bemitleidenswerten Menschen, und ich kann nicht ganz emotionslos vorbeigehen, wenn diese armen Menschen bei minus 20 Grad oder bei plus 30 Grad in der Herrengasse oder sonst wo sitzen, also da tun mir diese Menschen leid, Ihnen anscheinend nicht, muss man hier auch einmal sagen und das, was wesentlich ist, sie sind nur zu Handlangern der organisierten Kriminalität gemacht und da möchte ich schon auch den Bürgermeister (*Applaus FPÖ und BZÖ*) und die Stadtregierung eindrücklich darauf hinweisen, dass sie vor der Wahl, nämlich die ÖVP-Fraktion ein Wahlversprechen diesbezüglich gesetzt hat und deswegen fordern wir Sie auf, setzen Sie endlich die nötigen Initiativen für ein generelles Bettelverbot in Graz um. Wir Freiheitliche werden diesen Dringlichkeitsantrag des BZÖ selbstverständlich unterstützen (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Ich darf vorausschicken, dass die Volkspartei und wie ich weiß, auch die Fraktion der Grünen, die Dringlichkeit gemeinsam mit der SPÖ, wie ich glaube, auch die KPÖ, ich möchte nicht für sie sprechen, nicht vorgreifen, die Dringlichkeit ablehnen wird. Ich glaube, dass das Problem, das als solches artikuliert wird und eines ist, der Bettelei, doch eine Wortmeldung verdient, denn es geht hier um Menschen und ich darf meine Eingangsworte anlässlich des zitierten Antrages nochmals wiederholen, die lauteten damals: Uns ist das Schicksal keines Menschen gleichgültig. Denn das hat eine sehr ernste Komponente. Das was Gerald Grosz ausführt, geht weit über solche Betrachtungen hinaus, das sind ganz andere Überlegungen und ich brauche nicht länger ausführen, dass wir diesen nicht folgen. Ich darf daher kurz und bündig die paar Zeilen zitieren, die wir in unserem Koalitionsabkommen zu diesem Thema formuliert haben: Im Lichte der höchstgerichtlichen Entscheidungen werden anstelle eines Bettelverbotes folgende Maßnahmen vereinbart. Ich glaube, da sind wir auch für das Protokoll schuldig, ich übergebe es dann gerne schriftlich, ihr braucht nicht mitschreiben, aber ein späterer Leser könnte sonst vielleicht etwas unvollständig informiert sein. Wir wissen schon Bescheid, Gerald, was hier Sache ist. Wir streben an, einerseits unter Einbindung in Graz mit dem Thema befassten Institutionen Projekte umzusetzen, die vor Ort Existenzmöglichkeiten erhöhen, andererseits hier in Graz Projekte zu initiieren, die längerfristig zu einer wahrnehmbaren Entschärfung der Bettelei beitragen. Derzeitiger Stand: 100 bis 120 Personen täglich in der Stadt. Österreichweit ist eine enge Abstimmung mit anderen Städten über den Städte- und Gemeindebund anzustreben, um eine besondere Belastung der Stadt Graz in dieser Frage zu verhindern. Auch ist in dieser Frage die nachdrückliche Einmahnung der politischen Verantwortung und geeigneter Maßnahmen in den Herkunftsländern und der EU ausdrücklich vorgesehen. Das haben wir erarbeitet im Koalitionsabkommen, das wollen wir umsetzen und wir laden schon jetzt alle hier im Haus vertretenen Fraktionen ein, das möglichst gemeinsam im Sinne der Verbesserung des Schicksals von keineswegs beneidenswerten europäischen Mitbürgern gemeinsam zu tun. In diesem Sinne, Frau Vorsitzende, Frau Vizebürgermeisterin, darf ich wiederholen, dass wir der Dringlichkeit nicht zustimmen werden (*Applaus ÖVP*).

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

*Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.20 Uhr den Vorsitz.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich übernehme wieder den Vorsitz und darf dem Kollegen Grosz allerdings auch etwas sagen als Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz. Ich habe durchaus Verständnis, dass ein junger Mandatar, der auch sehr redefreudig ist, uns mit sehr vielen dringlichen Anträgen beglückt. Es gibt selten jemanden, der ungefähr um 18.00 Uhr es geschafft hat, dass sämtliche Medienvertreter schon den Raum verlassen haben und ich habe auch Verständnis, dass in der Demokratie man reden kann und sich ausdrücken kann. Gute Redner zeichnen sich dadurch aus, dass sie in wenigen Sätzen Inhalte vermitteln können und gute Redner zeichnen sich auch dadurch aus, dass sie unter Umständen Menschen dann auch bewegen können, den Anträgen auch zu folgen. Ich habe eine wirklich große Bitte, weil auch im Nationalrat wahrscheinlich irgendwann einmal Menschen so lange von Anträgen und demokratiepolitisch auch für Oppositionsparteien eingerichteten Bereichen so lange es ausgenutzt haben, bis man wahrscheinlich irgendwann einmal auch im Parlament gesagt hat, es gibt eine Art Redezeitbeschränkung etc. Wir haben bislang im Grazer Gemeinderat über solche Dinge nicht nachdenken müssen, aber ich bitte doch ernsthaft, dass wir, auch wenn Sie Dinge für dringlich halten, das Sie sich so kurz halten, dass wir dann auch irgendwann einmal zu den Stücken kommen können und ich glaube, dass moderne Menschen auch durchaus heute was von Sitzungseffizienz gehört haben und ich bitte, einfach darüber nachzudenken (*allgemeiner Applaus*).

## 11) Verordnung von Schutzzonen gegen die Drogenkriminalität

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich danke für die launige Einbegleitung. Ich darf feststellen, na selbstverständlich, ich gebe Ihnen doch vollkommen Recht, die Instrumente der Demokratie soll man nicht ausnutzen, aber gerade dieser Gemeinderat war doch das letzte halbe Jahr bekannt dafür, dass mehr wahlgekämpft wurde und weniger gearbeitet wurde. Jetzt haben wir die erste Arbeitssitzung und jetzt kommen wir durchaus auch unserer Verpflichtung nach, die wir als Gehaltsempfänger der Stadt Graz, nämlich als Gemeinderäte, bekommen, dass wir endlich wieder die Arbeit aufnehmen, Ärmel hochkrempeln, in die Fäuste spucken und endlich wieder Positives auch für diese Stadt tun. Und das beinhaltet natürlich auch, dass wir auch sinnvolle Maßnahmen vorschlagen und treffen und weil Sie gesprochen haben davon, und das sei mir auch gestattet, Medienvertreter wären massenweise verschwunden oder wären nicht mehr anwesend, es wundert mich auch nicht, denn es ist jetzt 18.20 Uhr, der Redaktionsschluss der meisten Zeitungen ist 17.30 Uhr, offensichtlich haben Sie als Bürgermeister halt das nie erlebt, dass halt einmal ein Gemeinderat ein wenig länger dauert eine Sitzung und konnten daher die Redaktionsschlüsse der Journalisten nicht mitmachen. Aber ich kann Ihnen heute eines garantieren, ja, wir sind voll dabei, wenn wir eine effizientere Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderates durchführen, ja, wir sind dabei, wenn wir das Statut der Stadt Graz reformieren, denn gerade ich, und Sie haben es gesagt, als junger Gemeinderat habe mir anhand der Dokumentensammlung des Statutes und der Geschäftsordnung sehr schwer getan, denn vieles ist in diesen Statuten Auslegungssache, aber auf wenig hat man Rechte, das ist ein Statut aus dem vorigen Jahrtausend und es ist tatsächlich so. Ich komme zu meinem Antrag betreffend die Verordnung von Schutzzonen gegen die Drogenkriminalität.

Ich brauche Ihnen ja nicht näher erläutern, was Drogenkriminelle auslösen in einer Gesellschaft, ich brauche Ihnen auch nicht die Tragödien schildern, die Menschen mitmachen müssen oder das Schicksal, das auch Menschen mitmachen müssen, wenn sie mit Drogen in Kontakt kommen. Ich brauche Ihnen auch nicht zitieren, dass

wir im Vorjahr in der Steiermark alleine 18 Drogentote zu verzeichnen hatten und ich brauche Ihnen ja auch nicht in Erinnerung rufen, dass wir im Stadtpark, auf Plätzen dieser Stadt, rund um Schulen ungenierte Drogenkriminalität haben, wo gedealt wird, was das Zeug haltet und unsere Jugend vergiftet wird. Stadtrat Riedler hat heute richtigerweise in einer Anfragebeantwortung im Rahmen der Fragestunde gesagt, er wünscht sich eine Diskussion auch gegen die Drogenkriminalität, die soll nicht populistisch geführt werden. Glauben Sie mir, meine Worte sind nicht populistisch. Wenn sie nämlich populistisch wären, würde mir angesichts von 18 Toten in dieser Stadt noch vielmehr einfallen, das ist sachlich, das sind Fakten und das, was wir wollen, ist eine Verantwortung, jawohl, wir wollen Verantwortung, wir wollen verantwortliche Maßnahmen setzen, damit wir vor allem junge Menschen weit weg halten von der Drogenkriminalität. Und wir haben durch den Bundesgesetzgeber, durch den Nationalrat eine Möglichkeit bekommen, dies auch zu tun. Das Sicherheitspolizeigesetz aus dem Jahr 2006,... im Übrigen und da darf ich Sie schon erinnern, was passiert eigentlich, wenn ich jetzt sofort zu reden aufhöre, dann würden wir sofort in den Abstimmungsvorgang kommen, oder, das wäre eigentlich fast lustig, es könnten ja noch mehr hinausgehen, vielleicht ergibt sich ja dann durchaus eine Mehrheit für unseren dringlichen Antrag. Das Sicherheitspolizeigesetz 2006, beschlossen von SPÖ, der ÖVP, der FPÖ und dem BZÖ, hat folgerichtig Schutzzonen eingerichtet beziehungsweise die Möglichkeit zur Verordnung von Schutzzonen, damit wir gerade rund um Schulen, damit wir gerade um Kindergärten, Kinderhorte etc. der Exekutive geeignete Maßnahmen in die Hand geben, um auch schon bei Verdacht das Wegweiserecht auszuüben. Derzeit hat die Exekutive nur die Möglichkeit, dass sie, wenn der klare Beweis vorliegt, jawohl der dealt mit Drogen, die Möglichkeit den festzunehmen, ihn zu durchsuchen. Des öfteren spielt es sich ja so ab, dass die Polizei ja nur in den wenigsten Fällen davon Kenntnis erlangt, dass ein Drogendeal vor Schulen, quasi die gewerbsmäßige Vergiftung unsere Jugend stattgefunden hat. Und gerade diese Verordnung oder dieses Sicherheitspolizeigesetz, das uns ermöglicht zu verordnen, gibt uns die Möglichkeit, gibt der Exekutive die Möglichkeit, von ihrem Wegweiserecht Gebrauch zu machen und weil wir nicht nur in Graz solche Probleme haben, sondern weil wir in allen anderen,... im Übrigen ich darf einen Medienvertreter wieder begrüßen, des Herrn Bürgermeisters Wunsch nach mehr Medien ist soeben in Erfüllung gegangen, Herr Prof. Leis, herzlich willkommen. Und weil wir gerade eine Verantwortung haben und

weil wir gerade hier Maßnahmen, verantwortungsvolle Maßnahmen setzen wollen und weil wir gerade hier in Graz die gleiche Problematik haben wie in Wien wie in vielen anderen Großstädten, ersuche ich Sie wirklich eindringlich hier gemeinsam mit uns einen Antrag zu beschließen, dass der Bürgermeister, aber auch die Mitglieder des Stadtsenates und zwar alle, uns einen Entwurf vorlegen, wie man solche Schutzzonen rund um Grazer Schulen verordnen könnte, das ist, glaube ich, wesentlich. Wien hatte das gleiche Problem und Wien hat Schutzzonen verordnen, das sage ich vor allem auch einmal mehr den Damen und Herren der Sozialdemokratie. Dieser Beschluss des Wiener Landtages ist mit Stimmen auch der Österreichischen Volkspartei und der freiheitlichen Partei über die Bühne gegangen, weil es auch in Wien Probleme gegeben hat und dass die Dealer immer mehr an ihre potentiellen Konsumenten herangehen. Und wir konnten erst gestern auch in der Austria Presse Agentur, aber auch in ausgewählten Medien unseres Landes lesen, dass erst gestern ein 38-Jähriger hier in Graz verhaftet worden ist, der mit 600 Milligramm Substitol unterwegs war und offensichtlich vom Sommer 2007 bis Anfang Februar dieses Jahres in Graz seinem Gewerbe nachgegangen ist und Drogenwerte im Straßenverkaufswert von mehr als 36.000 Euro verkauft hat. Und dieser Täter kam nicht nur allein deswegen nach Graz, weil es hier schön ist, sondern weil er selbst gegenüber auch der Polizei angegeben hat, und das ist das Bemerkenswerte, wo ich Sie bitte, auch in diesem Fall über ihren parteipolitischen Tellerrand zu springen und doch mitzustimmen, weil dieser Täter auch mitgeteilt hat, na selbstverständlich ist er nach Graz gekommen, weil in Graz ist das Geschäft besser für ihn. Und ich sage Ihnen jetzt noch einmal etwas, ich verzichte jetzt ganz absichtlich auf jede Parteipolemik, auf jede politische Beschimpfung einer Fraktion, auf Andersdenkende, auf die üblichen Späßchen. Ich bitte Sie wirklich eindringlich, der Antrag ist auch sehr nüchtern gehalten, auch der Motivenbericht, die Einleitung ist sehr nüchtern gehalten, auch der Beschluss lässt vieles offen, weil der Bürgermeister und die Mitglieder des Stadtsenates aufgefordert werden, hier einen geeigneten Entwurf nach Beratung dem Gemeinderat vorzulegen. Und daher bitte ich Sie wirklich, diese Verantwortung auch zu spüren. Wir können es nicht negieren, dass wir in Graz ein Drogenproblem haben, wir haben es. Das müssen wir traurigerweise und leider zur Kenntnis nehmen. Aber gerade ein Gemeinderat einer Stadt, die Führung einer Stadt ist auch dazu aufgerufen, zumindest im Ansatz diese Kriminalitätsformen zu bekämpfen. Ich habe in den letzten und in den vergangenen

Tagen gehört und in den letzten Wochen gehört, es ist der Wunsch anderer Parteien, ein Drogentherapiezentrum einzurichten, das ist davon vollkommen unbeschadet. Dass der Drogenkranke ein Opfer ist, das wissen wir ja, dass er in seinem Drogenrausch, in seinem ständigen, ja selbst nicht einmal mehr draufkommt, dass er das Opfer ist und auch ohne Hilfe nicht mehr herausfindet, wissen wir ja auch. Um was es mir hier geht und um was es uns hier geht ist, dass wir in Zukunft weitere Fälle von Missbrauch junger Menschen für die Drogenkriminalität verhindern, indem wir die Schnittstelle rund um Schulen, rund um Kinderhorte, rund um Kindergärten und an öffentlichen Plätzen durchbrechen. Natürlich wäre es für uns alle wesentlich und wünschenswert, und ich glaube, da stimmen wir alle 56 überein, wenn wir ganz Graz zur Drogenschutzzone erklären könnten, nur es entspricht der Realität nicht. Und der Begriff Schutzzone bedeutet ja nicht das Negieren der Realität, dass hier keine Kriminalität mehr stattfinden sollte, nein, der Begriff Schutzzone im Sicherheitspolizeigesetz verankert gibt der Exekutive die Möglichkeit, von erweiterten Rechten genau in diesen Schutzonen Gebrauch zu machen und daher komme ich jetzt zum Antragstext, bevor der Herr Bürgermeister zum siebenten Mal schnauft und mich leidend ansieht.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte daher folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

- 1.) Der Bürgermeister der Stadt Graz sowie die weiteren Mitglieder des Stadtsenates werden aufgefordert, einen entsprechenden Vorschlag zur Errichtung von Schutzonen gegen die Drogenkriminalität auszuarbeiten und diesen Vorschlag dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Nach Beschlussfassung durch den Gemeinderat tritt die Stadt Graz an die Sicherheitsbehörden mit dem Ersuchen heran, entsprechend dem Vorschlag der Stadt Graz geeignete Schutzonen auf Grazer Stadtgebiet zu verordnen. Von dieser Schutzonenverordnung sollen in erster Linie die öffentlichen Plätze der Stadt Graz, Grazer Schulen, Kindergärten, Kindertagesheime und Parkanlagen umfasst sein.

Ich bitte um Ihre Unterstützung. Danke.

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der uns vorgelegte Antrag vom Kollegen Grosz und Schröck zeigen das, glaube ich, ganz eindeutig, dass die Quantität nicht unbedingt was mit Qualität zu tun hat, weil es hat eigentlich nur, es gibt Pressemeldungen drinnen, es gibt einen Auszug aus dem Sicherheitspolizeigesetz, aber das war es dann schon und ich glaube, die Größe passt, schon aber die Qualität, also wenn man 50 % von der Größe wegnehmen würde und die Qualität damit auffetten würde, wäre uns allen damit gedient, Kollege Grosz. Kollege Schönegger hat heute schon gesagt, dass dieses Thema sich nicht für eine oberflächliche Betrachtung eignet und ich glaube, der Stadtrat Riedler hat ganz gut in seiner Antwort darauf hingewiesen, dass es wichtig ist für unsere Stadt, dass wir uns endlich damit beschäftigen und das ist auch Aufgabe der Politik, dass wir uns damit beschäftigen, dass wir den Bereich der Prävention, dass wir dort früher ansetzen und dass wir für jene, die jetzt schon unter diesem Problem leiden, die notwendigen Therapieplätze zur Verfügung stellen. Und, Kollege Grosz, weil du Wien angesprochen hast. Ich habe mich in Wien erkundigt, in Wien gibt es eine einzige permanente Drogenschutzzone am Karlsplatz und die Kollegen in Wien haben das gemacht, was auch im Sicherheitspolizeigesetz steht, nämlich es ist Aufgabe der Sicherheitsbehörden, diese Schutzzone festzulegen und nicht Aufgabe der Politik. Und damit auch ein klares Wort von unserer Fraktion, wir werden der Dringlichkeit aus diesem Grund nicht zustimmen (*Applaus SPÖ*). Und, vielleicht, Herr Bürgermeister, gestatten Sie mir auch noch ein persönliches Wort an den Kollegen Grosz, nachdem er sich heute hier geoutet hat, dass er ein Problem mit seiner Hyperaktivität hat und ich gute Verbindungen in den Gesundheitsbereich habe, Kollege Grosz, verspreche ich dir, dass ich mich bis zum nächsten Mal erkundigen werde bei meinen Kollegen in der Ärzteschaft, vielleicht finden wir eine Möglichkeit, dir zu helfen und damit auch uns zu helfen, danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es tut mir eigentlich jetzt leid mit den zwei letzten Wortmeldungen, dass eigentlich ein sehr, sehr wichtiges Thema irgendwo ins Lächerliche gerückt ist oder zerredet worden ist. Ich kann mich gut erinnern und jeder weiß aus den Medien, dass gerade es die Volkspartei war, die auf bundespolitischer Ebene sich immer sehr bemüht hat, zumindest im restriktiven Bereich der Drogensucht, der Drogenkriminalität sehenden Auges zu begegnen und nach Lösungen zu suchen. Auf Landesebene, wo natürlich der größte Teil der Kompetenz hier in der Steiermark ist, ist es auch zumindest noch von Primarius Fohrenbacher seinerzeit getan worden, nach dessen Versterben, das sicherlich zu vorzeitig war, sage ich jetzt einmal, weil er eine sehr gute Kraft nicht nur als Arzt sondern auch als Politiker war, ist leider Gottes gähnende Leere, dass in diesem Bereich leider in der Steiermark nichts mehr geht. Der therapeutische Bereich wurde eigentlich von der Volkspartei eigentlich viel zu wenig beachtet, sodass wir hier eigentlich das Terrain überlassen haben. Die Grazer Freiheitlichen waren es sehr wohl, die bereits im Jahre 2007, also letztes Jahr im Mai, nicht einmal ein Jahr her, bereits einen Antrag gestellt haben, entsprechende Schutzzonen einzurichten, wie es der Bundesgesetzgeber möglich gemacht hat. Ich halte das nach wie vor als eine wichtige Maßnahme, also eine wichtige Möglichkeit, um besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen, nämlich Kinder und Jugendliche, vor der Drogensucht zu bewahren, die ihr ganzes Leben ruinieren kann und auch der Drogenkriminalität zumindest partiell Einhalt zu gebieten. Wir haben aber mit diesem Thema auch ein absolutes Thema, das eine Bruchlinie, sage ich einmal, auch für die schwarz/grüne Koalition darstellen kann. Wenn ich denke, dass die Grünen in vielen Bereichen für eine Freigabe von Marihuana eingetreten sind, wo jetzt alle wissenschaftlichen Studien bereits nachweisen, dass das Risiko, an Lungenkrebs zu erkranken, um fast das Sechsfache höher ist als die reine Nikotinsucht, dann weiß man, was man mit einer Freigabe von Marihuana erreichen kann. Das ist kein Ziel, das es anzustreben gilt, um die Gesundheit unserer Bevölkerung, gerade der Jugend, zu erhöhen. Zweite Sache ist, auch gerade die Grünen sind es, die nicht nur für die Freigabe diverser Drogen eintreten, sondern auch für eine Herointherapie. Man muss sich vorstellen, man will mit einem Suchtmittel eine Sucht heilen, die aus mit dem gleichen Mittel oder durch das gleiche Mittel her entstanden ist, was Unverständlicheres, um nicht ein anderes Wort zu sagen, gibt es nicht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es die

Volkspartei ist, die diesen Weg konsequent auch in der Stadt Graz geht, ansonsten müsste sich diese Partei umbenennen und das Volk aus ihrem Parteinamen streichen. Der Dringlichkeitsantrag des BZÖ, der heute eingereicht wird, wird daher inhaltlich von uns, also der Intention nach, unterstützt und weil wir eben auch gerade wissen, dass wir österreichweit, man muss sich die Zahlen auch einmal vergegenwärtigen, zirka 32.000 Drogenabhängige haben, die massive Drogenabhängigkeit aufweisen, das heißt runtergebrochen auf die Stadt Graz, rund 1.000 bis 1.500 akut drogenabhängige Personen zu tun haben, die einfach unserer Unterstützung bedürfen. Therapeutische Unterstützung, jegliche soziale familienorientierte Unterstützung, um diesen Menschen zu helfen und sie nach Möglichkeit aus ihrer Sucht zu befreien. Aber wir sind keine Einheitspartei und ich habe auch vorher in dem Gespräch mit dem Gerald Grosz, der jetzt auch in ein anderes Gespräch verwickelt ist und auch eine gewisse Aufmerksamkeit vermissen lässt,...

***Zwischenruf GR. Grosz: Ich versuche, den Bürgermeister zu überzeugen.***

Mag. **Mariacher**: Das ist keine Ausrede, das kannst du nachher auch machen bei einem Bier, dass ihr oder dass das BZÖ der Meinung ist, ich hoffe, das richtig wiederzugeben, dass das BZÖ für eine Zwangstherapie von Drogenabhängigen steht. Wir lehnen das ab als Freiheitliche hier in Graz, wir sagen auch von anderen Erkrankungsbildern, dass eine Suchtbekämpfung nur dann wirklich ein reales Maß an Heilungsmöglichkeiten verspricht, wenn auch die Bereitschaft, der Wille des Patienten, und das ist ein Drogenabhängiger, da ist, diesen Drogenentzug wirklich auch anzugehen, durchzustehen, dass man dadurch entsprechende Hilfe ihm geben wird, ist für uns selbstverständlich. Wir möchten die Jugend vor diesem grauslichen Schicksal der Drogenabhängigkeit bewahren, das ist unser politischer Auftrag, weil die Jugend unsere Zukunft ist und wir sehen aber darüber hinaus diesen Antrag auf Einrichtung von Drogenschutzzonen nur als Mosaikstein im Rahmen einer gesamten Drogenpolitik, weil die ganz wesentliche Basis ist eine gute Familie, eine

unterstützende Familienpolitik, soweit es die Gesellschaft bieten kann und vor allem auch den Kindern und Jugendlichen entsprechend der Ausbildung von Lehrplätzen her, Arbeitsplätze etc. zur Verfügung zu stellen und ihnen eine eindeutige positive Lebensperspektive zu vermitteln. In diesem Sinne unterstützen wir diesen Dringlichkeitsantrag (*Applaus FPÖ*).

GR. **Wippel**: Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt Schutzzonen, wir haben diese Schutzzonen, sie sind auch definiert im Landessicherheitsgesetz, aber da wird definiert, was man innerhalb dieser Zonen nicht darf. Und das, was man dort drinnen nicht darf, darf man außerhalb. Ich hoffe doch, dass Drogendealen im gesamten Grazer Stadtgebiet verboten ist. Insofern sollte ganz Graz diese Schutzzone weiterhin bleiben. Dieser Antrag ist so sinnvoll, wie eine Schutzzone gegen Banküberfälle vor Banken zu errichten. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte nur dem Gemeinderat Mariacher sagen, dass die Grazer und die Österreichische Volkspartei selbstverständlich alle Bereiche der Bekämpfung der Drogensucht von Menschen immer ins Auge gefasst hat und das auch weiterhin tut, ob das die Prävention ist, ob es die Repression ist oder ob es auch die Opferbetreuung danach ist und welche Schwierigkeiten wirklich da sind, vor allem bei jungen Menschen, die den Entzug machen wollen, aber auf Grund ihrer Schwächen, die sie auch in Gesprächen jederzeit zugeben, nach kurzer Zeit wieder abbrechen müssen, müssen wir uns noch viel einfallen lassen und noch viele vernünftige gemeinsame Stücke beschließen. Ich glaube, da ist gerade die Betreuung von Opfern und von Süchtigen ein ganz, ganz wichtiges Thema ist, dem wir uns stellen müssen in Zukunft und wo wir noch viel zu leisten haben.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## 12) Sogenanntes „Punk-Haus“ auf Grazer Stadtgebiet

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Es ist im Übrigen der letzte dringliche Antrag,...

### *Zwischenruf: Schade.*

GR. **Grosz**: Schade, das denke ich mir doch, den Antrag der Besetzung der Aufsichtsräte habe ich soeben zurückgezogen, weil auch der zuständige Stadtsenatsreferent Rüschi das Gott sei Dank auch getan hat und vielleicht möge ihm die Erleuchtung die nächsten vier Wochen kommen und er doch einen besseren Entwurf vorlegen, daher befinde ich mich nun mitten zum Thema unseres letzten dringlichen Antrages betreffend ein sogenanntes Punk-Haus auf Grazer Stadtgebiet und damit meine ich nicht das Bankhaus Krentschker, sondern die sogenannten Punks, wie sie hier in Graz zu Unrecht betitelt werden und das werde ich auch ausführen, warum zu Unrecht. Dieser dringliche Antrag verdient es wahrscheinlich am meisten, auch dringlich genannt zu werden, weil es ein dringendes und aktuelles Thema auch dieser Woche und der vergangenen Tage war und auch gerade in diesem Bereich die Stadt Graz aufgefordert ist, in Zukunft entsprechende Handlungen zu setzen. Wenn jetzt Mitglieder der grünen Fraktion meinen, ich wehre mich gegen Punks als sogenannte uns bekannte Subkultur und auch als Folge und als Reaktion der Hippie-Bewegung aus den 60-er und 70-er Jahren, dann täuschen sie sich. Ganz im Gegenteil, Punk ist eine in verschiedensten Ausprägungen anerkannte Subkultur, die noch heute ihre fröhlichen Urstände feiert in Metropolen unsere Erde wie in London, in Paris, eigentlich in sehr vielen europäischen Metropolen, aber auch in New York. Und...

***Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Du bist wohl der zweite Weltbürger.***

GR. **Grosz:** Nach dir, lieber Harald Korschelt, bin ich der zweite Weltbürger, nur ich habe heute meinen steirischen Panther vergessen, aber er ziert dich dafür umso mehr. Ich versuche, auch beim letzten dringlichen Antrag durchaus die Form und Würde des Hauses ein wenig zu bewahren. Das was sich aber hier in Graz abspielt und die Erscheinungsformen, über die wir diskutieren, die die letzten Tage und Wochen auch medial doppelseitig diskutiert worden sind, haben nichts mit dem sogenannten Punk als Subkultur zu tun. Über das, was wir hier diskutieren, das sind offensichtlich arbeitsscheue, anarchistische Jugendliche, die keinerlei Willen und auch Bereitschaft zeigen, sich in unsere Gesellschaft einzugliedern und auch der mittlerweile schon in seiner Redaktionsstube sich befindliche Gerald Winter hat das in einem Kommentar auch sehr treffend geschrieben, indem er gesagt hat, das sind ja auch Menschen, obwohl er sie durchaus in den Schutz genommen hat, das sind ja auch Menschen, die einfach nicht sich in die Gesellschaft, in deren Hilfe und in deren Netz integrieren wollen. Diese Gruppe von Menschen, über die wir diskutieren, fällt der Gesellschaft auch in Graz durch exzessiven Alkoholkonsum, Drogenmissbrauch, Erregung öffentlichen Ärgernisses etc. auf und abgesehen davon beeinträchtigt diese Gruppe von Menschen, die sich nicht an die Grundregeln unserer Gesellschaft halten will, durchaus das Stadtbild der steirischen Landeshauptstadt. Das ist eine höchst brisante Problematik, da auch sehr viele Unternehmer über diese Erscheinungsform klagen und es mittlerweile auch schon dazu gekommen ist, dass es so offensichtliche Schutzgelderpressungen gibt, wo sich einige Punks vor ein Geschäftslokal setzen und erst dann weggehen, wenn der Geschäftsinhaber oder der Geschäftsführer, die Geschäftsführerin, die Inhaberin, um es ordnungsgemäß zu gendern, auch bereit sind, 20 oder 30 Euro dafür zu zahlen. Das ist für mich eine Form der Schutzgelderpressung. Diese Punks sind auch durchaus ein Bestandteil der Drogenkriminalität in Graz. Nicht zuletzt hat im März 2008 die Grazer Exekutive einen Drogenring ausgehoben, wo gerade Punks aus dem Haus in der Kärntnerstraße vollkommen involviert waren. Die Stadt plante nach Auflösung der Kärntnerstraße nunmehr die Adaptierung eines Hauses in Graz Andritz. Wir kennen

die Geschichte, die Anrainer und zwar alle dort, protestierten, die Politik war trotzdem nicht einsichtig, die Anrainer schrieben offene Briefe, Politik war trotzdem nicht einsichtig, aber entscheidender Fehler ist, die Politik hat Fehler gemacht, dadurch konnten die Anrainer dort geschützt werden. Das wird uns aber davor nicht bewahren, dass die Stadt Graz auch in Zukunft danach trachten wird, diese sogenannten, selbsternannten Pseudo-Punks auf Steuergeldkosten unterzubringen. Und da bin ich der ehrlichen Ansicht, nein, wer sich nicht in unsere Gesellschaft integrieren will, wer unsere Gesellschaft nicht anerkennt, wer unser System auch nicht anerkennt, der wird doch auch kein Geld aus unserem System verlangen wollen. Wenn man konsequent ist, dann ist man so konsequent, dass man nicht auch noch Geld von einer Gesellschaft nimmt, die man ohnedies verachtet. Ich bin der Meinung, das Problem wäre sehr schnell zu lösen, wenn wir den einen oder anderen durchaus wieder nach Hause schicken oder auf Entzug oder auf Sonstiges, aber dass die Stadt hier Steuergeld verwendet, hier Häuser aussucht für Menschen, die nicht arbeiten wollen, ist ein sehr schlechtes Beispiel auch für jene Menschen, die täglich arbeiten, auch jene Menschen, die mit Krankheiten zu kämpfen haben, auch jene Menschen, die mit ihrem Alltag zu kämpfen haben und die dennoch in der Lage sind, auf dem Boden des Rechtsstaates ein Bestandteil unserer Gesellschaft zu bleiben. Die unselige Diskussion um den Ausspruch der Frau Stadträtin Edlinger auf das möchte ich gar nicht näher eingehen, die Zeitungsmeldungen haben sie ohnedies genug gestraft.

In diesem Zusammenhang stelle ich daher unseren letzten

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

1. Frau Stadträtin Elke Edlinger wird vom Gemeinderat der Stadt Graz aufgefordert, von ihren Plänen zur Adaptierung eines Hauses auf Grazer Stadtgebiet zur Unterbringung sogenannter Punks umgehend und endgültig Abstand zu nehmen.
2. Der in der Gemeinderatssitzung vom 17.6.2004 beschlossene Informationsbericht an den Gemeinderat betreffend die Punks im öffentlichen Raum unter GZ. A 5 –

54999/04-1 stellt keine Verpflichtung zur weiteren Unterbringung der Punks dar. Mögliche Rückschlüsse auf eine künftige Unterbringung der Punks durch diesen Informationsbericht verlieren mit dem heutigen Beschluss ihre Wirksamkeit.

3. Eine Klärung der Unterbringung dieser sogenannten Punks darf keinesfalls unter Beziehung von Budgetmitteln der Stadt Graz erfolgen.
4. Die zuständige Stadträtin Edlinger wird bezüglich der Unterbringung dieser Punks aufgefordert, mit Pfarrer Pucher Kontakt aufzunehmen, der sich in seiner zumindest medial kundgetanen Nächstenliebe keinesfalls der Unterbringung dieser Punks verweigern wird.
5. Bestrebungen, diese Punks in Gemeindewohnungen der Stadt Graz als Gruppe pauschal unterzubringen, widersprechen den Vergaberichtlinien zur Vergabe von Wohnungen des sozialen Wohnbaus der Stadt Graz und werden nicht zuletzt durch das Fehlen von mehr als 1000 Wohnungen im sozialen Wohnbau der Stadt Graz strikt abgelehnt.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, ich bin dir sehr dankbar für deine Anmerkungen, was den Ernst und die Würde von Sitzungen und der Vortrag von inhaltlichen Vorschlägen, Dringlichen etc. betrifft. Ich glaube, wir wollten, und ich habe das sowohl mit der Sigi Binder als auch mit der Ina Bergmann, mit dem Peter Piffel und mit dem Armin Sippel geredet. Ich glaube, wir werden uns klar werden, Vorschläge entwickeln und uns überlegen, es geht nicht nur um Redezeiten, es geht auch um eine Würde dieses Hauses. Das Ganze ist keine späte Faschingsveranstaltung oder eine Belastung, es geht auch um inhaltliche Fragen, Qualität, es geht um die Frage, was ist dringlich, es ist die Frage, wie läuft eine solche Gemeinderatssitzung ab. Ich glaube, das gehört einfach zu unserem Stil, diese Qualität sollten wir uns zueignen und es wäre für uns nur gut und recht und billig (*Applaus SPÖ*). Ich werde nur sehr cursorisch auf das eingehen, weil es zumindest gebietet im Interesse der betroffenen Stadträtin Elke Edlinger aber in

unser aller Interesse, festzuhalten, was Wahrheit ist und was Tatsachen sind, die nicht wegzuretuschieren und wegzureden sind. Zum Vorwurf der Arbeitsscheuen, Alkoholkonsum, Drogenmissbrauch, anarchistisch, die hier getätigt wurde. Die Jugendlichen sind mit großen Engagement an Arbeitsprojekten im Verein ERFA beschäftigt, einige sind bei einer Personalleasingfirma tätig, zwei machen sogar derzeit die Abendmatura, also man kann weder von Arbeitsscheu noch sonst wie charakterisieren. Es sind also Arbeitsleistungen für die Allgemeinheit, die sie erbringen, nur um das klarzulegen, die Grünraumreinigungen am Murufer, unterschiedlichste Arbeiten in städtischen Übergangswohnungen beschäftigt, Hilfsdienste bei Übersiedlungen etc. Es ist auch leichtfertig, den Vorwurf zu erheben, es ist so, man macht ein Kasperstheater draus und sagt, aber man schürt Ängste, durchaus mit Absicht gegenüber einer Randgruppe und für Leute und junge Menschen, die vielleicht nicht in unser gewohntes Bild passen, aber die in ihrem unkonventionellen Lebensstil einfach pauschal verurteilt werden. Und der leichtfertig erhobene Vorwurf von Verhaftungen entbehrt bei genauer Recherche, die man pflegen sollte, jeglicher Grundlage, richtig ist vielmehr, keinerlei Verhaftungen von sogenannten Punks im Haus in der Kärntnerstraße 1 erfolgt sind. Auskunft der Grazer Polizei von heute. Es sind nicht die persönlichen Pläne der Elke Edlinger, klar ist es ein menschlicher Auftrag, den sie empfindet als Sozialstadträtin. Weil wen ginge es nicht an, und wir alle sind betroffen, wenn wir obdachlose Mitmenschen erleben, dass wir sie versuchen wohnversorgt zu machen oder ein Dach über den Kopf zu sorgen, ich glaube, da sind wir als Menschen durchaus veranlasst, das zu tun und das tut sie auch und das ist auch ihr Verständnis von Politik und ihre Funktion als Sozialstadträtin und ich verweise noch einmal, auch wenn du das sozusagen wegdrängst, es gibt eben den Beschluss vom 17.6.2004, der ausdrücklich eine Wohnversorgung einfordert und für die das Sozialamt mit der Umsetzung beauftragt wurde und auch im Koalitionsvertrag steht das ja bitte drinnen, dass die nunmehrige Stadtregierung, und sie hat es deutlich festgehalten und immer wieder betont, der Bürgermeister und die Vizebürgermeisterin, dass es zu einer Wohnversorgung dieser Gruppe kommen muss. Die Bestrebung, sie in Gemeindewohnungen unterzubringen oder solche Behauptungen, das stimmt alles nicht, das hat weder die Stadträtin Edlinger verlangt und gefordert, noch ausgesprochen, also ist das ad absurdum. Ich sage abschließend kurz und bündig, in der Kulturhauptstadt Graz und Menschenrechtsstadt Graz, wir haben heute das

Wort ja so oft strapaziert und in den Mund genommen, 12 junge Menschen, die anders aussehen, die nicht in unsere Normvorstellungen passen, das wird doch möglich sein, für sie einen Platz zu finden, noch dazu, wo sie erstens a) in Beschäftigung und b) sich selber weiterbilden, das wird doch uns Menschen, Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, zubilligbar sein und in der Stadt möglich sein. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich natürlich den Gepflogenheiten dieses Hauses anschließen und rein inhaltlich sprechen und sie auch vor polemischen Auswüchsen bewahren. Inhaltlich denke ich auch, dass das der Dringlichkeit entspricht dieser Antrag und wir Freiheitliche können großteils die in diesem Antrag dargebrachten Forderungen und auch die Dringlichkeit in diesem Sinne unterstützen. Ich denke, hier handelt es sich anscheinend um eine unendliche Geschichte, leider, möchte ich dazu sagen, eines vorweg, es ist natürlich selbstverständlich und auch völlig klar, dass sich die Stadt Graz ihrer Verantwortung nicht entziehen darf, wenn es darum geht, arme Menschen zu unterstützen oder wie das in diesem Fall besser zu formulieren ist, vom Weg abgekommene Menschen zu unterstützen, aber wie hier vorgegangen wird, das ist grundlegend falsch. Für viele Grazerinnen und Grazer ist es nicht verständlich, warum diese Gruppe von Jugendlichen dermaßen hofiert wird, während viele andere junge Menschen links liegen gelassen werden. Graz hat 2.000 arbeitslose Jugendliche und das ist eine Schande für diese Stadt (*Applaus FPÖ*). Und es kann auch nicht angehen, dass sich die Stadt Graz bemüßigt fühlt, Unterkunftsbesorger für diese Gruppe zu sein, zumal es sich ja ausschließlich oder als unmöglich herausgestellt hat, eine geeignete WG oder Wohngemeinschaft für diese gesamte Gruppe zu finden. Wie der Kleinen Zeitung vom Sonntag, dem 6. April zu entnehmen ist, haben insgesamt fünf dieser, mittlerweile sind es ja nur mehr 12, fünf dieser Punks sogar richtige 40-Stunden-Jobs, während andere im Sozialprojekt ERFA jobben und ich frage mich jetzt aber, warum und ich gehe davon aus, dass die dort anständig entlohnt werden dafür, ich frage mich, warum sie dann für Steuergeld von der Stadt Graz beherbergt werden müssen, also das geht mir nicht ein. Ich finde, das ist auch unnotwendig und unfair, das ist unfair gegenüber vielen anderen

arbeitslosen und sozial schwachen Jugendlichen. Resozialisierung ja, aber wenn, dann richtig und die Aufgabe der Stadt Graz sollte in diesem Fall sein, Vermittler zu spielen, Ansprechstelle zu sein, dass diese Bürger, und zwar jeder für sich, auch eine adäquate Beherbergung finden und da weiter auch den Weg zurück in ein anständiges Leben finden können. Von uns Freiheitlichen kann es für diese momentan geplanten Vorgehensweisen keine Zustimmung geben und es ist nicht einzusehen, warum diese Leute auf Kosten der Allgemeinheit beziehungsweise aus Budgetmitteln der Stadt untergebracht werden sollen. Danke (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

GRin. **Potzinger**: Geschätzter Herr Bürgermeister, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Volkspartei folgt in weiten Zügen der Argumentation von Klubobmann Karl-Heinz Herper, wir sind auf einem gemeinsamen guten Weg. Die Sozialstadträtin arbeitet konsequent weiter auf dem guten Weg, den wir seit Jahren gehen. Immerhin ist die Gruppe der hier zu Betreuenden auch wesentlich kleiner geworden, es waren 35 zirka, jetzt sind es 12, die noch der besonderen Unterstützung und Hilfe bedürfen und der gute Weg ist die Wohnversorgung selbstverständlich dort, wo möglich Reintegration in den Arbeitsprozess, aber wir wollen keine extremen Ausschweifungen unterstützen, fördern, was immer, aber diese Menschen menschenwürdig betreuen, auch als Gemeinschaft, als die sie sich fühlen. Wir müssen auch die Größe haben, Menschen zu akzeptieren, die nicht hundertprozentig unseren Wertevorstellungen entsprechen, das wird in anderen Bereichen verlangt, aber auch in diesem Bereich. Und, lieber Herr Kollege von der FPÖ, die Stadt spielt nicht Vermittler, die Stadt arbeitet konsequent. Lieber Herr Antragsteller, Herr Gemeinderatskollege Grosz, dir darf ich doch ins Stammbuch schreiben, einmal nicht nur hier große Vorträge zu halten, sondern dich bei den Fachleuten zu informieren, du hast noch nie den Kontakt mit dem Joe Eder gesucht, mit dem Sozialarbeiter, der die Gruppe betreut, dass du dich nicht nur aus Zeitungen informierst, die da irgendwelche Daten veröffentlichen über Erwerbstätigkeit usw. sondern, dass man sich wirklich einmal vor Ort überzeugt, was sind das für Menschen, was haben sie für Bedürfnisse, wer kümmert sich um sie und wo können wir da weiter begleiten und unterstützen. Viele Anträge sind natürlich ein demokratisches Mittel. In dem Fall sei dir ins Stammbuch geschrieben, Schweigen

wäre hier Gold gewesen. Die ÖVP wird der Dringlichkeit und dem Antrag nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***